Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Hans Marckwald, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Harbaum, Magdeburg. Druck von Franz Bethge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobsstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion: Gr. Münzstraße 3. Fernsprecher 961.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pfg. Per Kreuzband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährl. 2 Mk., monatl. 70 Pfg. Bei den Postanstalten 225 exkl. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfg., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pfg. — Insertionsgebühr die sechsgespaltene Petitzeile 15 Pfg. Post-Zeitungsliste Nr. 7839

Nr. 134. **Magdeburg, Donnerstag, den 12. Juni 1902.** **13. Jahrgang.**

Die geadelte IV. Klasse.

Die bürgerlichen Klatschblätter, die nach der bekannten Hoffmannschen Satire „Wie ist doch die Zeitung so interessant", mit besonderer Vorliebe berichten, was „am Hofe" vorgeht, wann hier ein Prinz durch-, dort ein fremder Fürst an- und an einem dritten Orte eine Prinzessin niedergekommen ist, wußten vor einigen Tagen die hervorragende und eminent wichtige Nachricht mitzuteilen, daß der deutsche Kronprinz gelegentlich eines Ausfluges in der Nähe von Bonn eine kurze Strecke IV. Klasse gefahren ist. Er soll bei dieser Gelegenheit die überraschende Entdeckung gemacht haben, daß man dort viel freiere Bewegung und frischere Luft habe, als in den anderen Abteilen und daß man auch billiger fahre.

Wir haben von dieser welterschütternden Begebenheit keine Notiz genommen; wenn wir jetzt darauf zurückkommen, so geschieht dies, weil ein kürzlich in Magdeburg gegründetes „unparteiisches" Klatschblatt (im Sinne der Scherlblätter) diese Kronprinzengeschichte zum Anlaß eines Leitartikels nimmt, in dem mit geradezu poetischem Schwunge die Vorzüge der IV. Wagenklasse gelobt werden. Das Blatt meint: „Mit dem Kronprinzen erkennt fast die Hälfte der Reisenden in Preußen diese Vorzüge der IV. Klasse an, denn von 554 Millionen Fahrgästen fahren 219½ Millionen in der IV. Klasse .... Die Wagenklasse, deren sich der künftige deutsche Kaiser bediente, ist geadelt für alle Zeiten — und darum sollte sich niemand mehr scheuen, IV. Klasse, im Kronprinzenwagen, zu fahren!"

Der „Kladderadatsch" nahm in seiner letzten Nummer bei einem Artikel der Magdeburger „Neuesten Nachrichten" zur Entschuldigung des darin enthaltenen blühenden Blödsinns an, daß der Verfasser einen Sonnenstich gehabt habe. Da die gegenwärtige kühle Witterung diese Entschuldigung für den Verfasser des Kronprinzenartikels ausschließt, darf man vielleicht auf „chinesischen Klaps" diagnostizieren. Denn ein Mensch, der seine fünf Sinne beisammen hat, wagt nicht die absurde Behauptung, daß die Hälfte aller Reisenden in Deutschland IV. Klasse fahre, weil es dort frischere Luft und freiere Bewegung gebe. Nur der dritte Grund, den der Artikelschreiber anführte, der aber für den Kronprinzen natürlich nicht in Betracht kommt, trifft zu und zwar einzig und allein: weil es in der IV. Klasse billiger ist, darum fährt beinahe die Hälfte aller Reisenden in dieser etwas besseren Ausgabe von Viehwagen.

Daß der Kronprinz „freiere Bewegung" und „frischere Luft" bei seiner kurzen Fahrt vorgefunden hat, glauben wir gern. Denn selbstverständlich war die betreffende Bahnverwaltung von dem Wissensdrang des Kronprinzen in Bezug auf die IV. Klasse genau orientiert, und so wird sie ihm für seine Fahrt schon einen luftigen Wagen besorgt haben. Es giebt ja schon einige Wagen IV. Klasse, die von außen nicht so ganz wie Gefangenentransportwagen aussehen; wenn hinzukommt, daß die Wagen ganz neu oder doch neu herausgeputzt sind, wenn ferner — selbstverständlich! — nur die paar Begleiter des Kronprinzen in diesen Wagen hineingelassen wurden, so mag dem Kronprinzen die Fahrt schon ganz angenehm vorgekommen sein, denn in der That giebt es freiere Bewegung in der IV. Klasse als in den anderen Abteilen, da bei ihr nur einige sehr unbequeme Bänke ohne Lehne an den Wänden entlang gehen, der innere Raum aber frei bleibt.

Warum ist aber diese Einrichtung von der fürsorglichen Eisenbahnverwaltung getroffen worden? Weil es für die Fahrgäste IV. Klasse keine Freibeförderung ihres Gepäcks giebt, die Reisenden also ihre Reisetaschen, Koffer, Pakete, Körbe, Kiepen, Handwerkszeuge usw. usw. mit in die Eisenbahnwagen nehmen müssen. Nur einigen Glücklichen ist es vergönnt, einen Sitzplatz zu ergattern, die übrigen stehen in der Mitte umher, oder hocken auf ihren Bündeln und achten vorsichtig auf das Halten des Zuges an den Stationen da sie sonst beim plötzlichen Stillstehen des Zuges wie Kraut und Rüben durcheinander geworfen werden.

Hat der Artikelschreiber der „Neuesten Nachrichten" schon einmal eine längere Fahrt IV. Klasse gemacht, vielleicht von Magdeburg bis Köln? Wohl kaum, denn sonst würde er nicht ein so begeisterter Verehrer der IV. Klasse sein. Wohl passiert es, bei einer längeren Reise gelegentlich, daß ein Wagen IV. Klasse vorübergehend etwas weniger voll ist. Aber das sind Zufälligkeiten, Ausnahmen, die die Regel bestätigen. Und wie ist die Regel? Die Regel ist, daß die Wagen IV. Klasse überfüllt sind, und daß trotzdem an allen Stationen die Schaffner ihre liebenswürdige Aufforderung an neue Fahrgäste IV. Klasse, die vor den überfüllten Wagen zurückscheuen, wiederholen: „man immer rin"; die Regel ist ferner, daß in diesen überfüllten Wagen das tollste und oft unappetitlichste Durcheinander herrscht: Groß und Klein, zittrige Greise und schreiende Säuglinge, Mannsen und Weibsen, ökonomische Commis-voyageurs, die Fahrgelder II. Klasse bekommen, aber IV. Klasse fahren und heruntergekommene Mimen, Arbeiter mit ihren Aexten und der Maurerkelle und die nach Patchouli duftenden Vertreterinnen der untersten Demimonde, Marktfrauen mit ihren hochbeladenen Kiepen, duftend von Käse oder von Geflügel nebst dero Exkrementen, und westpreußische, schlesische und polnische Auswanderer nebst dero kleinen vielbeinigen Begleitern — das alles drängt sich durcheinander, die einen essen und werfen das Einwickelpapier auf den Boden; die anderen trinken und lassen die Mitreisenden durch den Fuselgeruch an dem Genuß teilnehmen; wieder andere spucken in regelmäßigen Intervallen auf den Boden; alle miteinander atmen eine häßliche Luft ein und aus, die im Laufe einer Stunde schon die greulichste Atmosphäre in dem engen Raume bewirkt. Wenn man Glück hat, kommt von Zeit zu Zeit auch noch ein Scherenschleifer, der durch seine surrende Thätigkeit die Mannigfaltigkeit des Ganzen erhöht, oder ein Orgeldreher, der Musik macht, die oft nicht schön empfunden, weil sie mit Geräusch verbunden.

So ungefähr sieht es in der Regel in der IV. Klasse aus, und wenn der Kronprinz in einen derartigen mit stickigster und stinkigster Luft erfüllten und mit Menschen vollgestopften Wagen hineingeraten wäre, wenn es ihm dann überlassen gewesen wäre, sich durch die Kisten und Kästen und Säcke hindurch einen Stehplatz zu suchen, auf dem er einige Stunden lang immer von einem Bein auf das andere hätte treten müssen, wenn er von diesem Platz aus einige Stunden hindurch das Tohuwabohu der IV. Klasse hätte mitansehen, vielleicht auch einem kleinen Krakehl mit beiwohnen müssen, dann, so glauben wir, würde sein Urteil über die Vorzüge der IV. Klasse etwas anders gelautet haben.

Die Bezeichnung „Kronprinzenwagen" oder „geadelt für alle Zeiten" für die Wagen IV. Klasse soll aber beibehalten werden zur Erinnerung an die sozialpolitische Verständnislosigkeit bürgerlicher Blätter, die da meinen, der Proletarier esse Kartoffeln und Hering nebst Cichorientunke, weil es — gesünder sei als Austern und Kaviar mit Häute Sauterne. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 11. Juni 1902.

Die Annahme des Zuckersteuergesetzes.

hg. **Berlin,** 10. Juni. Der Reichstag hat die 2. Lesung des Zuckersteuergesetzes am Dienstag in einer siebenstündigen Sitzung beendet. Die Kommission hatte durch eine Art Ueberrumpelung die sechsjährige Kontingentierung in das Gesetz hineingebracht. Es gelang, diese verderbliche Bestimmung wieder zu entfernen. In namentlicher Abstimmung wurde die fünfjährige Kontingentierung mit 199 gegen 114 Stimmen abgelehnt. Das Ergebnis kam dadurch zustande, daß die Interessen der Rübenbauern des Ostens von den Interessen der Rübenbauern der alten Zuckerdistrikte durchaus verschieden sind. Für die alten Zuckerdistrikte bedeutet Kontingentierung eine außerordentliche Bevorzugung. Auf diesen Umstand hatte besonders Schippel wirkungsvoll aufmerksam gemacht und in der That spalteten sich die Konservativen bei der Abstimmung in zwei ungleiche Hälften. Die Mehrzahl stimmte gegen die Kontingentierung. So gelang es, den Lieblingsgedanken des Ultramontanen Dr. Müller-Fulda aus dem Gesetze zu beseitigen. Im übrigen blieb es bei den Kommissions-Beschlüssen. Unser Antrag, die Verbrauchsabgabe ganz zu beseitigen, wurde von Ledebour in einer ausgezeichneten Rede begründet, er wurde aber abgelehnt. Selbst die Freisinnigen stimmten gegen den Antrag und damit gegen ihr Programm. Sie hatten in dieser Frage die Führung der Regierungsmehrheit. Ihr Antrag, die Zuckersteuer auf 14 Mark zu erhöhen, wurde schließlich angenommen. Gleichfalls abgelehnt wurde unser Antrag auf Beseitigung des Ueberzolls, es bleibt bei den 4,80 Mark, die die Konvention als höchste Grenze aufgestellt hat.

Mittwoch wird das Saccharingesetz durchberaten und voraussichtlich in einer 2. Lesung auch noch die 3. Lesung der Zuckersteuer und die Gesamtabstimmung über Zucker und Branntwein vorgenommen werden. Hierzu hat der Präsident die Sitzung schon auf 9 Uhr morgens anberaumt.

Die lex Adickes.

H. **Berlin,** 10. Juni. Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich am Dienstag wieder einmal mit der Lex Adickes. Der Gesetzentwurf bezweckt bekanntlich, den Gemeinden zur Erschließung von Baugelände sowie zur Herbeiführung einer zweckmäßigen Gestaltung von Grundstücken die zwangsweise Umlegung von Grundstücken zu ermöglichen. Die Kommission, an die der Entwurf verwiesen war, hat einige tief einschneidende Aenderungen vorgenommen, die die Regierung aber nicht hinderte, ihrerseits die Zustimmung zu diesem Gesetze zu erklären. Die hauptsächlichsten Aenderungen sind, daß das Gesetz auf Frankfurt a. M. beschränkt bleibt, während nach der Regierungsvorlage der Gesetzentwurf auch auf andere Städte ausgedehnt werden konnte und daß die Kommission die Voraussetzungen für die zwangsweise Umlegung mehrfach erschwert hat.

Während die Nationalliberalen und die Freisinnigen, von diesen besonders die Frankfurter Abgg. Dr. Oeser und Funck, lebhaft für die Kommissionsbeschlüsse eintraten, hatte die Rechte und das Centrum allerhand an dem Entwurf auszusetzen. Der konservative Professor Irmer sah in dem Entwurf bereits den Anfang zum sozialistischen Staat, da er beabsichtige, das Eigentum zwangsweise anders zu verteilen!! Schließlich erklärte er, seine Partei würde, wenn auch mit schwerem Herzen, dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen, da seine Partei sich der Neuzeit anpasse und modernen Strömungen nicht widersetzen wolle. Die Partei der geflickten Strohdächer spielte sich also als moderne Fortschrittspartei auf. Eine längere Debatte setzte nur beim § 11a ein, der die Entschädigungssätze für das abgetretene Straßenland festsetzt. Hier gelang es den Konservativen im Verein mit dem Centrum die Sätze über die Kommissionsbeschlüsse hinauszutreiben, so daß die notleidenden Haus-Agrarier die Abtretung solchen Geländes nicht allzu schmerzlich empfinden werden. —

Gebaut wird er doch?

Aus angeblich zuverlässiger Quelle geht der „Nat.-Ztg." die Mitteilung zu, daß der Minister der öffentlichen Arbeiten [illegible] der Landtagssession in den Ruhestand zu treten. „Wir haben," schreibt das Blatt, „die Authentizität der Nachricht nicht feststellen können, aber im Hinblick auf ihre Quelle müssen wir sie mit Bedauern für richtig halten. In Anbetracht der Jahre und des Gesundheitszustandes des Ministers v. Thielen würde sein Entschluß allerdings nicht überraschend sein. Im höchsten Grade überraschend wäre, wenn sich eine andere gleichzeitig uns zugehende Mitteilung bestätigte, die wir nur unter allem Vorbehalt wiedergeben, daß dem Kaiser ein Antrag des Staatsministeriums zur Entscheidung vorliege, wonach die Wasserbauverwaltung vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten losgetrennt und dem landwirtschaftlichen Ministerium übertragen werden soll."

Man wird sich erinnern, daß ein solcher Plan zu den zweideutigen Erörterungen gehörte, die zur Zeit Miquels in die Diskussion der Kanalvorlage hineingeworfen wurden, man wußte nicht, ob behufs Lösung oder behufs Verwirrung. Die Ressortveränderung wurde damals als ein Mittel, die Agrarier für den Mittellandkanal zu gewinnen, ausgegeben. Man wird sich ferner erinnern, daß Podbielski seiner Zeit angeblich Landwirtschaftsminister geworden ist, um den agrarischen Kanalrebellen den Kanal abzutrotzen.

Wir unsererseits würden eine derartige willkürliche Lostrennung eines Ressorts und die ebenso willkürliche Angliederung an ein anderes scharf bekämpfen. Denn die Kanäle dienen dem Verkehr und der Industrie in erster Linie, sie würden deshalb unter der Oberhoheit des Landwirtschaftsministeriums noch mehr vernachlässigt werden als bisher.

Die Konservativen sind übrigens sehr mißmutig darüber, daß augenscheinlich doch noch nicht alle Kanalpläne begraben und vergessen sind. —

„Was die Dachspatzen pfeifen."

Prompt bringt heute die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg." die Antwort auf die von uns gestern unter obiger Stichmarke mitgeteilten Gerüchte und Geschichten. Sie schreibt:

„In verschiedenen Blättern tauchen über die Vorgeschichte der vom Ministerpräsidenten Grafen v. Bülow am 2. Juni im Abgeordnetenhause abgegebenen Erklärung allerlei Erzählungen auf, denen der Gedanke gemeinsam ist, daß Graf v. Bülow anfänglich eine entgegenkommende Antwort auf die Interpellation beabsichtigt habe und erst durch Se. Majestät den Kaiser und König zu einer anderen Haltung gedrängt worden sei. Am weitesten geht darin ein rheinisches Blatt, das sogar angebliche Aeußerungen Sr. Majestät mitzuteilen weiß, durch die ein entgegenkommender Beschluß des Staatsministeriums umgestoßen worden sei. Wir müssen dieses Geschichtentragen als Unfug bezeichnen, und stellen, um jeder weiteren Mythenbildung vorzubeugen, hiermit fest, daß es für den Reichskanzler und Ministerpräsidenten keinen Augenblick des Schwankens darüber gab, welche Haltung ihm durch die Interpellation aufgenötigt war, und daß er hierbei ebenso auf das Vertrauen der Krone wie auf die einstimmige Unterstützung des Staatsministeriums rechnen konnte."

Dieses Dementi läßt einen Hauptpunkt, daß nämlich Podbielski privat geäußert habe, Bülow werde eine milde Ant-

wort geben, ganz unberührt, und das Blatt wird wohl wissen, warum. Ferner wird auch nicht dementiert, daß die grundsätzliche Notwendigkeit einer scharfen Antwort in einer persönlichen Unterredung zwischen dem Monarchen und dem Ministerpräsidenten festgestellt worden, die Formulierung aber in einer Sitzung des preußischen Staatsministeriums erfolgt ist. —

Das Programm des Ministeriums Combes.

In der gestrigen Sitzung der französischen Kammer nahm zunächst Bourgeois das Wort zu einer längeren Ansprache. Er dankte in seinem und des gesamten Bureaus Namen der Kammer für ihr Vertrauen und verspricht, als Vorsitzender alle Ueberzeugungen zu Wort kommen zu lassen und sich den Grundsatz eines früheren Kammerpräsidenten zu eigen zu machen, daß die „gefestigten und ruhigen Ueberzeugungen auch die Ueberzeugungen anderer achten müssen".

Unter großer Spannung des Hauses betrat sodann der neue Ministerpräsident Combes die Tribüne und verliest folgende Erklärung:

Meine Herren! Es ist die Eigenart des parlamentarischen Regiments, daß zu bestimmten Zeiten das Land als Souverän die Fragen entscheidet, über die seine Vertreter nicht einig sind, und es ist die erste Pflicht seiner Vertreter, die Entscheidungen des Landes zur Ausführung zu bringen. Ein solches Schiedsgericht hat soeben stattgefunden, und wir wenden uns an Sie mit der Bitte, sich dem Willen zu fügen, den das Land so klar ausgesprochen hat. Das ganze Gewicht des letzten Wahlfeldzuges lag in der Politik des letzten Kabinetts und der Mehrheit, die es unterstützt hat. Die Gegner unserer Einrichtungen haben das, was nur ein Werk zur Förderung der Einheit war, als ein sektiererisches und ein revolutionäres Werk hingestellt. Es galt, zwischen den verschiedenen Gruppen der republikanischen Partei die Einheit für die Verteidigung der Republik zu erzielen, und das allgemeine Wahlrecht hat gesprochen und die Haltung der Regierung gebilligt.

Das Vereinsgesetz tritt jetzt in die Periode seiner Ausführung durch die Verwaltung ein. Die Regierung wird darüber wachen, daß keine der Bestimmungen des Gesetzes wirkungslos bleibe. Wir werden Ihnen gleichzeitig die Abschaffung des Unterrichts-Gesetzes von 1850 vorschlagen, damit der Staat, ohne deshalb aus dem öffentlichen Unterrichtswesen ein Monopol machen zu wollen, die Stelle, welche er niemals hätte aufgeben sollen, wieder einnehme und über den Unterricht, der jedem Bürger zu teil wird, wache. Die Erklärung bespricht sodann die finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes und sagt: Die Regierung wird nichts verabsäumen, um mehr sparsamen Sinn in den Ausgaben eintreten zu lassen und um die Belastung des Budgets in angemessenen Grenzen zu halten. Unter den Reformen, welche das allgemeine Stimmrecht fordert, ist eine der ersten, welche durchzuführen sein wird, diejenige, daß in dem Steuersystem mehr Billigkeit und mehr praktischer Sinn obwalten und daß vor allem gewisse Abgaben durch eine allgemeine Einkommensteuer ersetzt werden müssen, welche jeden nach seinen Fähigkeiten und Mitteln trifft. In allernächster Zeit wird die Regierung den Senat ersuchen, die Vorlage betreffend Einführung des zweijährigen Militärdienstes zu beraten, und sie wird diese Vorlage auch mit allem Nachdruck vor dem Parlament vertreten. Die Erklärung bemerkt sodann, daß die Regierung sich bemühen werde, die Militärgerichtsbarkeit auf den Grundlagen der modernen Gesetzgebung aufzubauen und daß sie sich mit der Frage des Ankaufes von Eisenbahnen und mit der Altersversicherung der Arbeiter beschäftigen werde. Die Regierung sei entschlossen, die Wohlthaten des republikanischen Geistes in den täglichen Einzelfragen der Verwaltung jedermann gegenüber zur Geltung gelangen zu lassen.

Die Erklärung schließt mit der Versicherung, daß die Regierung niemals den Gesichtspunkt der höheren und dauernden Interessen des Landes und seiner auswärtigen Politik aus dem Auge lassen wird.

Nach der Erklärung des Ministerpräsidenten beschließt die Kammer, die eingebrachten Interpellationen zu vertagen. Die Sitzung wird sodann aufgehoben.

Die progressive Einkommensteuer hat man also vorläufig fallen lassen, auch von der Verstaatlichung der Eisenbahnen wird nur sehr vorsichtig gesprochen. Hoffentlich gelingt es dem Ministerium wenigstens, seine übrigen Programmpunkte durchzuführen. —

Deutschland.

Berlin, 11. Juni. Das preußische Oberverwaltungsgericht wird heute die Frage zu entscheiden haben, ob der Gebrauch der polnischen Sprache in öffentlichen Versammlungen in Preußen zulässig ist. —

— Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" hat sich aus London melden lassen, das dortige deutsche Botschaftspalais sei am 2. Juni „reich illuminiert" gewesen und zwar, wie mit einer verhetzenden Wendung hinzugefügt wurde, „zu Ehren des Unterganges der Burenrepubliken". Diese Nachricht nennt die „Nordd. Allg. Ztg." eine böswillige Erfindung. Das deutsche Botschafterpalais sei nicht illuminiert gewesen.

— Die „Kreuzztg." dementiert die Meldung, daß Graf Kanitz seine Interpellation wegen des Schiffahrtstrustes zurückgezogen habe. Am letzten Sonnabend hat der Reichskanzler dem Grafen Kanitz mitgeteilt, daß er wegen anderweitiger Inanspruchnahme die Interpellation in den nächsten Tagen noch nicht würde beantworten können. —

— In der Rechnungskommission des Reichstags legte am Dienstag Dr. Hasse (nl.) den Vorsitz nieder, weil er von keiner Seite die nötige Unterstützung für die Erledigung der schwierigen Aufgaben dieses Ausschusses gefunden habe; auch sei eine Einladung einer Ausschußsitzung vom Reichstagsbureau nicht beachtet worden. Die Angelegenheit wird später wohl noch das Plenum beschäftigen. —

— Die Vertagung des Reichstages soll, wie ein parlamentarischer Berichterstatter meldet, bis Ende Oktober oder Anfang November ausgesprochen werden. —

— **Die Zolltarifkommission** des Reichstages beriet zunächst über die Art, wie ihre Sitzungen in den Sommerferien fortgesetzt werden sollen, ohne zu einer Einigung zu gelangen. Dann wurde in Position 361 und 393 Brennstoff, Schießpulver auf Antrag Gothein die bisherigen Zollsätze beibehalten, nämlich Schießbaumwolle und Collodiumwolle Mark 3, Schießpulver, Sprengpulver und andere Sprengmittel frei, dieselben in Hülsen oder Kapseln Mark 3.

— **Augenblicklich sei Schneidigkeit Trumpf,** so schreibt eine Korrespondenz für Centrumsblätter. Es werde mit Brüskierungen und Kampfgetöse gearbeitet. Aber die Konservativen führten noch „eine recht zuversichtliche Sprache, und das ist auch begreiflich, weil einerseits die Vergangenheit sie lehrt, daß die böige Witterung nicht übermäßig lange anhält, und weil sie anderseits glauben, daß die etwaige Wahlparole für sie keine schlechten Aussichten bietet". Man möge im Centrum nur überall für trockenes Wahlpulver Vorsorge treffen. Gewiß, und vor allem möge man die Wahlorganisationen auf ihre Leistungsfähigkeit prüfen und sie auf eine hinreichend breite Basis stellen. Daran fehlt es noch immer in manchen Wahlkreisen. — Wir schließen uns der letzteren Mahnung übrigens an; auch wir Sozialdemokraten müssen uns rüsten für den bevorstehenden Wahlkampf, wenn auch unsere Wahlaussichten günstiger sind wie die der Konservativen und des Centrums.

Oesterreich-Ungarn.

Die Polenrede Kaiser Wilhelms

hat gestern im Abgeordnetenhause zu tumultuarischen Scenen geführt. Der tschechische Abg. Klofac richtete namens fünf radikaler tschechischer Abgeordneter an Körber eine Interpellation wegen der Marienburger Rede und erging sich in wütenden Schmähungen und Ausfällen gegen Kaiser Wilhelm, denen der Präsident durch Schluß der Sitzung ein Ende machte. Klofac begann mit der Behauptung, Kaiser Wilhelm habe sich mit dieser Rede an die Spitze der alldeutschen Bewegung gegen die Slaven gestellt, und fragte Körber, ob er zum Schutz der österreichischen Slaven gegen eine solche Agitation Stellung nehmen werde.

Klofac behauptete ferner, der Kaiser habe in der Rede nicht von polnischer Ueberhebung, sondern von polnischer Frechheit gesprochen. Wie könne ein Monarch so sprechen, für dessen Dynastie bei Sedan Ströme Polenblutes geflossen seien.

Die radikalen Tschechen brachen in Pfuirufe aus. Freßl rief: „Wir haben eine feige Regierung! Ihr seid Sklaven des deutschen Kaisers!" Nun erklärte der Präsident die Sitzung für geschlossen, wogegen die radikalen Tschechen tumultuarisch protestierten. —

Frankreich.

Combes Platzhalter für Waldeck-Rousseau?

Der „Matin" veröffentlicht heute eine Unterredung mit Combes. Auf eine Bemerkung des Berichterstatters, wonach der sozialistische Abgeordnete Jaurès geäußert habe, das neue Kabinett könne ganz gut vier Jahre dauern, habe Combes erwidert: „Sie erschrecken mich; ich soll vier Jahre Ministerpräsident bleiben, ich, dessen letzte Worte zu Waldeck-Rousseau waren: „Sie ziehen sich zurück, weil Sie müde sind. Sobald Sie sich ausgeruht haben, vergessen Sie ja nicht, mir ein Zeichen zu geben." Combes fuhr fort: „Ich werde aber gewiß nichts thun, um in kurzem wieder zu gehen. Das wäre Verrat. Ich habe ein Programm, das ich mit allem Eifer verteidigen werde." —

Großbritannien.

Ein Burenoberst als Unterhausmitglied.

Dem „Berl. Lok.-Anz." wird aus London telegraphiert: Oberst Lynch kam in Calais an, um nach England überzusetzen und seinen Sitz im Unterhause einzunehmen. Er wurde bekanntlich von Galway gewählt, aber mit sofortiger Verhaftung wegen Hochverrats bedroht, da er unter der Burenarmee gegen England diente. —

Aus der Parteibewegung.

Das Strafkonto der Genossen im Monat Mai weist eine Belastung von 1 Jahr 11 Monaten 3 Wochen und 3 Tagen Gefängnis und 1425 Mark Geldstrafe auf. —

Das Dresdener Volkshaus, Centralverkehr sämtlicher Gewerkschaften, wurde am Sonnabend nachmittag unter außerordentlich starker Beteiligung der Arbeiter eingeweiht. —

Der Verleger von Karl Marx' Kapital, Buchhändler Otto Karl Meißner in Hamburg, ist im Alter von 83 Jahren gestorben. Im Jahre 1842 Gehilfe bei Hoffmann u. Co. in Hamburg, nachdem er vorher hier in Magdeburg bei Heinrichshofen gelernt hatte, hatte er sich 1848 selbständig gemacht. —

Gewerkschaftsbewegung.

Maler. In Cannstatt ist der Streik beendigt. Erreicht wurde eine Erhöhung des Stundenlohnes von 35 auf 40 Pfennig, für Gehilfen unter 20 Jahren von 30 auf 33 Pfennig. Die Arbeitszeit ist von 10 auf $9^1/_2$ Stunden herabgesetzt. Ferner sind Zuschläge für Ueberzeit- und Landarbeit bewilligt. —

Buchdrucker. In Trier hat der Centrumsabgeordnete Kaplan Dasbach in seiner Eigenschaft als Verleger verschiedener Centrumsblätter und Buchdruckereibesitzer den Rücktritt von der Tarifgemeinschaft angekündigt. Bei der letzten Tarifberatung ist der Lokalzuschlag zum Gehilfenlohn für Trier auf 5 Prozent festgesetzt worden, während er vordem im rheinisch-westfälischen Tarif nur $2^1/_2$ Prozent betrug. Also die Lohnaufbesserung von $2^1/_2$ Prozent ist es, die den sich als Arbeiterfreund aufspielenden und durch Arbeiterstimmen in den Reichstag gewählten Centrumsmann veranlaßt, aus den Reihen der tariftreuen Prinzipale auszutreten. —

Kellner. In Mailand ist der Streik beendet, die Restaurants sind seit Dienstag wieder geöffnet. —

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Das selige Ueberbrettl.

Humoreske von Leon Holly.

(5. Fortsetzung.)

Doch der Direktor war ein Mann aus festem Holz geschnitzt; wo andere tief entmutigt von dannen gezogen wären, lachte dieser heroische Mensch verächtlich auf und behauptete zum Erstaunen seiner Zuhörer, längst von der Indifferenz des „Pöbels" überzeugt gewesen zu sein. Aber er würde dieses Volk, das ihn, wie alle Märtyrer steinigte, mit seinen eigenen Waffen schlagen; von ganz allein würden sie zu ihm kommen, dem Reformator der Kunst, und er würde als endlicher Sieger auf der Walstatt bleiben — das donnerte Emanuel Käsbohrer seinem ratlos um ihn versammelten Stabe entgegen. Dann zog er sich mit dem Komponisten zu einer schleunigen Beratung in das Konversationszimmer zurück, um bereits nach einigen Minuten wieder mit der Erklärung zu erscheinen, daß die Vorstellung zunächst mit der „Qualmiute", seinem genialen Ueberstück fortgesetzt werden sollte. Nun begann ein wildes hin und her und nach abermaligen zehn Minuten, wärend denen das Publikum bereits hörbare Interjektionen seines Mißfallens und seiner Ungeduld laut werden ließ, stand alles bereit. Wahnfridolin Waberloh saß am Klavier, während Carola Hupfer und Henry Smith in den Coulissen des Klingelzeichens harrten. Endlich hob sich der Vorhang wieder und die beiden betraten die Bühne. Das Stück begann mit einem kurzen Dialog in Versen, der schließlich in einen von beiden ausgeführten allegorischen Reigen ausartete.

Der Direktor, welcher wieder seinen Beobachtungsposten aufgesucht hatte, atmete erleichtert auf, als sich während der ersten Verse kein Sturm des Mißfallens erhob; der Unglückselige dachte nicht daran, daß keine Antwort auch eine ist und zwar unter Umständen eine schlimmere als der stürmischste Protest. Gegen Schluß der Pantomime herrschte nämlich eine eisige Stille im Zuhörerraum, nur ab und zu unterbrochen durch das Klappern der Sitze der den Saal verlassenden Gäste — eine wahrhaft furchtbare Musik in den Ohren des armen Direktors.

Und wieder senkte sich der Vorhang, mitleidig eine sichere Scheidewand zwischen Angreifern und Angegriffenen ziehend.

Die arme Carola war einem Ohnmachtsanfall nahe; sie schwur Stein und Bein, keinen Schritt mehr auf die Bühne zu thun — nur Henry Smith, der Amerikaner beobachtete stoischen Gleichmut — vielleicht war er an ähnliche Scenen gewöhnt.

Emanuel grollte wie ein verwundeter Löwe, während Wahnfridolin, der Komponist stumm im Hintergrunde stand; ihn wurmte teils das Fiasko seiner Komposition, teils schien ihm eine innere Stimme zuzurufen: Richard, du bist gerächt! Als er gerade davon schleichen wollte, zog ihn der Direktor beiseite und raunte ihm wutschnaubend zu: „Siehst Du, ich hab' es gleich gesagt, die Bande ruiniert mich — was nützt da die schönste Dichtung bei einer solchen Interpretation!" —

Doch dann raffte er sich auf und rief nach den nächsten auftretenden Personen: Arnulf Meier und Adalgisa Hupfer.

Sie waren nicht zur Stelle. Man rief an allen Ecken und Enden, suchte die ganze Bühne ab — nirgends eine Spur von ihnen. Schließlich entdeckte der Requisiteur, daß die Garderobe der beiden nicht mehr am Platze war, dagegen hing an dem für Arnulf Meier bestimmt gewesenen Kleiderhaken ein Briefbogen, welcher die lakonischen Bleistiftzeilen aufwies: „Cher Direktor! Ihr Institut fängt an, uns fürchterlich zu werden, darum sagen wir Ihnen eingedenk der Losung: rette sich wer kann!, ein herzliches Lebewohl! Arnulf Meier und Adalgisa Hupfer.

In des Direktors Seele begann es fürchterlich zu tagen. Stumm, mit nach oben gerichtetem Blick hielt er das verhängnisvolle Blatt in der Linken — ein zweiter Octavio Piccolomini. Dann ballte er es wütend zusammen und trat mit beiden Füßen darauf.

— „Schmierinsky!" rief er nach einigen Augenblicken der Ueberlegung — „lieber Graf, gehen Sie hinaus und singen Sie das Lied „Drei Käfer usw."

„Jes, Direktor!" Der Graf ging und brüllte mit Stentorstimme, was zur Folge hatte, daß sich die Scene bei seinem ersten Auftreten wiederholte. Gellendes Pfeifen durchdrang die Luft, untermischt mit dem Gepolter des sich mehr und mehr entfernenden Publikums. Der Graf retirierte schleunigst und mit heroischem Entschluß trat der Direktor selbst auf die Bühne. Doch er kam nicht zu Worte. Jeder Satzanfang seinerseits wurde mit Gelächter von Seite des endlich aufbrechenden Publikums beantwortet.

Nach zehn Minuten war der Saal bis auf den letzten Mann geleert.

Auf der Bühne aber stand Emanuel Käsbohrer, „ein entlaubter Stamm".

(Schluß folgt.)

Kleines Feuilleton.

Viktoria-Theater. (Die Frau vom Meer. Schauspiel in 5 Akten von Henrik Ibsen.)

Ibsen stand bereits im letzten Drittel seines Lebens und seines dichterischen Schaffens, als er die „Frau vom Meer" schrieb. Dies Drama steht sogar am Eingang der mystisch-symbolischen Richtung Ibsens, die er in seinen letzten Dramen eingeschlagen hat. Die „Wildente" und „Rosmersholm" leiten schon über von der eigentlichen Periode des Kampfes Ibsens mit der bürgerlichen Gesellschaft, ihren morschen Stützen und ihren vielen Vorurteilen in ein ruhigeres Fahrwasser. Der Dichter versucht auch die menschliche Schwäche menschlich zu erklären. Aber in der „Frau vom Meer" spielt zum ersten Male ein symbolisches Etwas mit, das dann zwar in späteren Dramen wiederkehrt, das aber doch nirgends gleichzeitig so zweibeinig und massiv verkörpert ist wie hier. Ellida Wangel ist eine von den „Meerfrauen", die mit unwiderstehlicher Gewalt an die See gezogen worden. In einem der eigenartigen, verschlossenen und doch voll innerer Glut bis oben hin erfüllten Seefahrer nimmt ihre Sehnsucht zum Meere menschliche Gestalt an. Aber er zieht wieder von dannen, und sie reicht einem anderen Manne die Hand. Als er nach Jahren wiederkommt, wie er versprochen hat, wird sie in einen furchtbaren Konflikt getrieben. Hier locken sie die verführerischen Augen des Seemanns, dort ihre Pflicht. Als ihr Mann sich dazu durchkämpft, seinem Weibe volle Freiheit der Entschließung zu gewähren, sie also frei zu geben, wird der unnatürliche Bann von ihr genommen. Der Zauber des Fremden ist gebrochen, sie reicht ihrem Gatten die Hand.

Nichts in dem Drama ist mit geschäftiger Aufdringlichkeit gemacht. Wie immer bei Ibsen kommt es ihm auf die Herausarbeitung der seelischen Konflikte an, und diesen Zwecken dient von vornherein jedes Wort. Nichts ist überflüssig, nichts dürfte anders sein.

Frau Reisenhofer vom Berliner „Residenz-Theater" ist als „Frau vom Meer" bekannt und berühmt. Die Künstlerin bewährte auch hier ihren Ruf. Leider bildete das Ensemble keinen günstigen Hintergrund. Die Aufführung schien Hals über Kopf einstudiert zu sein.

H. Sch.

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 134. Magdeburg, Donnerstag, den 12. Juni 1902. 13. Jahrgang.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1901

Von Paul Umbreit.

III.

Die Wirksamkeit und Einrichtungen der Kartelle.

Die Hauptaufgaben der Kartelle liegen auf den Gebieten der örtlichen Agitation, Vertretung der Arbeiterinteressen gegenüber Gewerbe-Inspektion und Behörden, Leitung von Wahlen zu Arbeitervertretungen und Schaffung solcher gemeinnütziger Einrichtungen für die organisierten Arbeiter, zu denen die Kräfte der einzelnen Gewerkschaften nicht ausreichen.

Die Statistik läßt erkennen, daß bei aller Wertschätzung der bisherigen Leistungen auf manchen Gebieten doch noch sehr viel zu thun übrig bleibt, während auf anderen Gebieten eine sprunghaft rasche Entwicklung zu verzeichnen ist, die mit den verfügbaren Mitteln nicht immer gleichen Schritt hält.

So wurde von 128 Kartellen keine einzige Berufs-Versammlung, von 105 keine allgemeine Arbeiter-Versammlung zur Erörterung allgemein wirtschaftlicher und sozialpolitischer Fragen (Arbeitslosigkeit, Lebensmittelteuerung, Kohlenwucher, Arbeiterschutz usw.) einberufen, und 57 Kartelle blieben sogar nach beiderlei Richtung hin unthätig. Die Gesamtzahl der von 184 Kartellen veranstalteten Berufs-Versammlungen beziffert sich auf 855, die Zahl der allgemeinen Arbeiter- und Volks-Versammlungen bei 205 Kartellen auf 629. Auch die Agitation unter den Arbeiterinnen läßt noch viel zu wünschen übrig. Dem Beispiele Berlins, dessen Gewerkschafts-Kommission schon seit Jahren eine weibliche Agitations-Kommission eingesetzt hat, sind bis jetzt im ganzen Reiche erst fünf Kartelle gefolgt. (Köln, Fürth, Gießen, Mylau und Reichenbach i. V.) Daß die Arbeiterinnen-Propaganda durch die Kartelle ganz wesentlich gefördert werden kann, das lehren die beachtenswerten Erfolge der Berliner Gewerkschafts-Kommission, deren Wirkung die Gründung mehrerer vorzugsweise aus Arbeiterinnen bestehender Verbände zu danken ist.

Ueber die Wirksamkeit der Kartelle bei den Wahlen zu Arbeitervertretungen soll in einer besonderen Abhandlung berichtet werden.

Der Vertretung der Arbeiterinteressen dienen vor allem die Einrichtungen zur Ueberwachung und Durchführung des Arbeiterschutzes, deren Thätigkeit sich erstreckt auf die Sammlung und Prüfung von Beschwerden über Ungesetzlichkeiten und Mißstände in den Betrieben und auf Arbeitsplätzen, und deren Weiterbeförderung an die zuständigen Aufsichtsbehörden. Soweit nicht bestehenden Arbeiter-Sekretariaten oder Gewerkschafts-Bureaus diese Funktionen übertragen sind, haben die Kartelle zunächst allgemeine Beschwerde-Kommissionen oder Vertrauensleute für diese Aufgaben einzusetzen, ferner durch Einsetzung weiblicher Vertrauenspersonen den Arbeiterinnen Gelegenheit zur Untersuchung und Beförderung delikater Beschwerden zu geben, und endlich Bauarbeiterschutz-Kommissionen zur Kontrolle und Förderung des Bauarbeiterschutzes zu bestellen. Von den 319 Kartellen haben indes nur 104 Beschwerde-Kommissionen für den Verkehr mit der Gewerbe-Inspektion eingesetzt, während bei 24 diese Aufgaben durch örtliche Sekretariate übernommen werden. In 191 Kartellen fehlt es also an solchen Beschwerde-Vermittlungsstellen, soweit nicht die Kartellvorstände selbst sich dieser Aufgaben unterziehen. Dagegen sind weibliche Vertrauenspersonen überhaupt nur bei 15 Kartellen bestellt, von denen 7 auf Württemberg entfallen. Bauarbeiterschutz-Kommissionen bestehen in 130 Kartellorten. Auch hier kann weit mehr geschehen und muß mehr geschehen, da die Mißstände auf Bauten sich auch in den kleineren Orten einstellen und die baupolizeilichen Arbeiterschutzvorschriften gerade hier viel zu wünschen übrig lassen.

Mit der Durchführung des Arbeiterschutzes und der Wahrung der Arbeiterinteressen hängt auch die Auskunftserteilung in Arbeiterschutz- und Rechtsangelegenheiten, die Rechtshilfe und der Rechtsschutz zusammen, deren Wichtigkeit anerkennend die Kartelle schon frühzeitig Rechtsschutzbureaus und Auskunftsstellen errichteten und dabei in den in Gewerbegerichten und Versicherungsorganen thätigen Arbeitervertretern sachverständige Kräfte fanden. In einer Reihe von Städten haben sich diese Einrichtungen zu Arbeiter-Sekretariaten und Gewerkschafts-Bureaus vervollkommnet, in denen besoldete Angestellte den Rechtsuchenden ständig zur Verfügung stehen.

Von den 319 Kartellen haben 117 Fürsorge für Auskunftserteilung und Rechtshilfe getroffen, und zwar besitzen 7 Kartelle (Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg, Magdeburg, München, Posen und Stuttgart) eigene Gewerkschafts-Bureaus, und 22 haben eigene Arbeiter-Sekretariate, während für 6 andere örtliche Arbeiter-Sekretariate zur Benutzung stehen und 19 an benachbarten Sekretariaten Anteil haben. 69 Kartelle haben Auskunfts- oder Rechtsschutz-Bureaus. In 202 Kartellen fehlt es an gewerkschaftlichen Einrichtungen für Auskunftserteilung und Rechtshilfe. Wenn auch anzunehmen ist, daß das Wirkungsgebiet der Arbeiter-Sekretariate sich noch über einen Teil dieser Kartelle erstreckt, und daß in einer Reihe von Städten in anderer Weise, so durch Redaktionen von Arbeiter-Zeitungen, durch Vertrauenspersonen der Partei, durch Gemeindevertreter usw. Gelegenheit zur Auskunftserhaltung geboten ist, so wäre doch dringend zu wünschen, daß die Kartelle sich mehr als bisher dieser Aufgabe annehmen, zumal die Ausbreitung der Gewerbegerichte über mehr als 300 Städte sehr wohl die Möglichkeit bietet, rechtskundige Arbeitervertreter zu finden, die imstande sind, Auskünfte zu erteilen. Das praktische Wirken solcher Männer fördert nicht allein die Kenntnis der thatsächlichen Arbeiterverhältnisse und die Agitation, sondern es trägt auch dazu bei, Kräfte zu entwickeln für die Vertretung der Arbeiterinteressen in Gemeinde, Land und Reich.

Gemeinsame Gewerkschafts-Bibliotheken sind in 117 Kartellen vorhanden, von denen 11 neben dem belehrenden Stoff auch für eine Stätte der Bildung sorgen, indem sie Lesezimmer eingerichtet haben. Im Besitz von Centralarbeitsnachweisen sind 12 Kartelle.

Ferner haben auf dem Gebiete der Herbergsfrage 115 Kartelle für die Unterbringung der reisenden Arbeiter in Centralherbergen bei Gastwirten Sorge getragen, welche Fürsorge sich auch auf den Verkehr der Arbeitslosen mit organisierten Arbeitern, und auf gewerkschaftliche und bildende Lektüre erstreckt, während 6 Kartelle eigene Centralherbergen (Selbstregie) haben, die zum Teil mustergültige Einrichtungen sind und dem Wirken der Gewerkschaften zur Ehre gereichen.

Unter dem Lokalmangel, eine der brennendsten Fragen, leiden die Gewerkschaften zahlreicher Orte, dank der Lokalabtreibereien gegnerischer Parteien, die vielfach die Unterstützung von Gemeinde- und Militärbehörden finden. Kein Wunder, daß der Wunsch, ein eigenes Versammlungslokal käuflich oder pachtweise zu erwerben, sehr weit verbreitet ist. Aber mit dem Wünschen hält das bescheidene Können nicht immer Schritt, und oft lassen sich solche Wünsche überhaupt nur durch eigenen Grund- und Hauserwerb, also auf sehr kostspieligem Wege, realisieren. Mit dem Erwerb oder der Pacht der Lokalitäten sind gewöhnlich die Schwierigkeiten noch lange nicht behoben, denn dann legen die Behörden den glücklichen Besitzern nicht selten hinsichtlich der Schankkonzession Hindernisse in den Weg, und einzelne Kartelle haben einen jahrelangen Krieg mit Flaschenbier und Selterswasser führen müssen, ehe sie das Recht des Ausschanks erhielten, das „ordnungsliebenden" Sauf-Vereinen ohne weiteres nachgelassen wird. Eine Geschichte der der Arbeiter-Saalgründungen würde zu den interessantesten Kapiteln der Arbeiterbewegung gehören. Uns fehlt jedoch der Raum, an dieser Stelle näher darauf einzugehen, und wir begnügen uns, festzustellen, daß 25 Kartelle im Besitz oder in freier Verfügung über eigene Versammlungssäle und daß 11 Kartelle im Besitz eigener Gewerkschaftshäuser sind, die meist zahlreiche Versammlungsräume enthalten. In den Gewerkschaftshäusern ist in der Regel neben der Lokalfrage auch die Herbergsfrage gelöst; außerdem bieten dieselben Unterkunft für ständige Bureaulokalitäten einzelner Gewerkschaften und der vorhandenen Arbeiter-Sekretariate sowie Verkehrslokale für die gesamte organisierte Arbeiterschaft. Den unzweifelhaften Vorzügen eigener Gewerkschaftshäuser stehen freilich einige schwere Bedenken gegenüber, die der eingehendsten Untersuchung und Erwägung in jedem neuen Projektfalle bedürfen. Uns fehlt der Raum, hier näher auf diese Frage einzugehen; das Schicksal der Saalbaugründung in Fürth ist noch in Erinnerung, daß es der Auffrischung der Vorsichtsmahnungen kaum bedarf.

Endlich sind zahlreiche (55) Kartelle noch teils finanziell, teils durch ihre Initiative und thätige Mitwirkung an gemeinnützigen Einrichtungen beteiligt, deren Specialisierung unterbleiben mußte, weil uns kein ausreichender Raum zur Verfügung stand. Wir begnügen uns, in folgender gedrängter Zusammenstellung eine kleine Uebersicht zu geben. Danach waren beteiligt:

9	Kartelle	an	öffentlichen Lesehallen;
22	„	„	der Abhaltung von Kursen und Hochschul-Vorträgen;
29	„	„	der Veranstaltung von Volks-Vorstellungen und Volks-Konzerten;
3	„	„	öffentlichen Badeanstalten und Wärmehallen;
3	„	„	Milch- und Ferien-Kolonien;
15	„	„	Weihnachts-Bescherungen und anderen gemeinnützigen Einrichtungen und Veranstaltungen.

Diese Anteilnahme läßt erkennen, daß der wirtschaftliche Kampf auch die ideale Wirksamkeit nicht hindert. —

Deutscher Reichstag.

(190. Sitzung.)

Berlin, den 10. Juni 1902.

Am Bundesratstisch: Reichskanzler Graf Bülow, Graf Posadowsky, Frhr. v. Thielmann, Frhr. v. Rheinbaben, Möller.

Zunächst wird gemäß einem Antrage der Geschäftsordnungs-Kommission die Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung der Abgeordneten Raab und Liebermann v. Sonnenberg wegen öffentlicher Beleidigung des Abg. Demmig (Frs. Vpt.) versagt.

Es folgt die

zweite Beratung der Zuckersteuernovelle.

Art. 1 handelt von der Kontingentierung. Es wird danach für die einzelnen Fabriken auf die Dauer von 5 Jahren, vom 1. September 1903 bis zum 31. August 1908, für jedes Betriebsjahr eine Zuckermenge (Kontingent) festgesetzt, bei deren Ueberschreitung ein Steuerzuschlag von 4,40 Mark für je 100 Kilogramm zu entrichten ist. Die Feststellung der Kontingente soll unmittelbar nach der Verkündigung des Gesetzes für die Betriebsjahre 1903-04 bis einschließlich 1907-08 erfolgen und alle diejenigen Fabriken umfassen, die bei Verkündigung des Gesetzes bereits im Betriebe oder zum Betrieb fertig oder welche vor dem 1. Juni 1902 in der Herstellung begriffen waren. Den Fabriken, die bereits 1901-02 im Betriebe oder zum Betrieb fertig waren, wird dasjenige Kontingent zuerteilt, das ihnen auf Grund des bestehenden Gesetzes für 1903-04 zustehen würde. Später errichteten Fabriken, so weit solche bis zur Verkündigung des Gesetzes bereits im Betriebe oder zum Betrieb fertig oder soweit sie vor dem 1. Juni 1902 in der Herstellung begriffen waren, wird unter Anhörung von Sachverständigen ein Kontingent zuerteilt, das im Verhältnis zu ihrer technischen Leistungsfähigkeit unter Berücksichtigung von 50 Arbeitstagen festgestellt wird. Andere Fabriken sollen für die Betriebsjahre 1903-04 bis 1907-08 überhaupt kein Kontingent erhalten.

Die Regierungsvorlage hatte die Kontingentierung aufgehoben.

Abg. Dr. Barth (Freis. Vgg.) beantragt Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Abg. Dr. Frhr. v. Langen (kons.) beantragt, bezüglich des Steuerzuschlages für die Ueberschreitung des Kontingentes die Bestimmung einzufügen: „Insoweit die Zuckerfabriken nur diejenigen Rübenmengen verarbeitet haben, zu deren Abnahme sie durch vor dem 1. Juni 1902 abgeschlossene Verträge verpflichtet waren, ermäßigt sich der Steuerzuschlag bis 1. August 1904 auf 2,50 Mark für je 100 Kilogramm Rohzuckerwert."

Abg. Richter (Frs. Vpt.) beantragt, im Falle der Annahme der Bestimmungen über die Kontingentierung festzusetzen, daß allen nach dem Betriebsjahr 1901-02 errichteten Fabriken auch für die Jahre 1903—1908 ein ihrer technischen Leistungsfähigkeit entsprechendes Kontingent zuerteilt werden soll.

Abg. **Richter** (Freis. Vpt.): Unser Verlangen, die Vorlage ohne Kommissionsberatung zu erledigen, resultiert daher, daß bei solchen Specialfragen die Kommission nicht die wirkliche Stimmung der Parteien zum Ausdruck bringt. Nur so ist es auch zu erklären, daß die Kommission die Wiedereinführung der Kontingentierung beschlossen hat, für die ich nur aus Bosheit gegen die Zuckerindustrie stimmen könnte. (Sehr gut! links.) Man spricht vom Interesse der Landwirtschaft! Die Rübenbauer werden aber von einer Fabrik abhängig gemacht und auf jede Weise schikaniert. Die Höhe des Kontingents ist ganz willkürlich gewählt worden, man hätte sie ebenso gut ausknobeln können! (Heiterkeit.) Abg. Müller-Fulda hat hier erklärt, ohne Kontingentierung werde im

---

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Die Erbschleicherinnen.

Roman in zwei Bänden von Ernst von Wolzogen.

(55. Fortsetzung.)

Dreizehntes Kapitel.

In welchem die Kathi wie auch die Lizzi teils frei-, teils unfreiwillig sich fleißig in guten Werken üben.

Berlin, Sonntag, den 3. Dezember 1883.

„Liebste Lizzi!

„Heut ist Sonntag und ich darf Dich nicht besuchen. Ich muß mich hinsetzen und Dir schreiben, obwohl ich in zehn Minuten bei Dir sein könnte. Es ist auch jetzt wirklich bald zu arg! Also denk Dir, so geht's mir! Du besinnst Dich doch noch, wie die Minna eine Watschen kriegte, an dem Tag, wo Du fortgingst. Natürlich kündigte sie am 15. und am 1. ist sie fort. Wenn ich die Tante gefragt hab nach dem neuen Mädel, hat sie immer gesagt, sie hätt noch nichts Passendes gefunden und am 1. in der Früh stellt sie mir vor, es wär doch eigentlich recht unnütz, sich jetzt noch die Plag zu machen, so ein dummes Frauenzimmer „anzubändigen" — so hat sie gesagt und das hätt ein Witz sein sollen. Ich hab aber gar nicht arg gelacht, weil ich doch gleich gemerkt hab, wo sie hinaus will — und richtig, nachher hat sie so lieb zum lächeln angefangen und hat mir's schön stad vorexpliziert, daß wir doch jetzt bald nach Italien gingen und gar keine Gäste mehr bei uns sähen, da könnt ich die paar Wochen das bißl Arbeit schon selbst verrichten. Wir hätten's ja daheim bei der lieben Mama auch thun müssen. Das ist schon ganz recht und bei unsrer lieben Mama haben wir es ja auch gern gethan, aber bei so reichen Leuten, wie Geheimrats, wo sie nachher wieder so viel Wesen von ihrer Feinheit machen und wo man sich grad zusammennehmen muß, daß man keinen faux pas macht, da ist meiner Ansicht nach so was der reine Geiz. Aber was soll man thun, wenn man doch einmal darauf angewiesen ist, Wohlthaten anzunehmen? Ich hab also nichts weiter sagen können und am Freitag ist also die Plag angegangen. Die Köchin natürlich, die mantelt sich gewaltig auf, weil sie eine „perfekte" ist und sich nicht für Hausarbeit verdingt hätt. Aus lauter Gnad und Barmherzigkeit hat sie sich herabgelassen, den Gang und die Schlafzimmer 'nauszuwischen und mir beim Kehren in den Vorderzimmern zu helfen. Dafür kriegt's sechs Mark mehr im Monat, aber das andre muß alles ich machen, Nachtgeschirr ausleeren, aufbetten, Zimmer putzen, das Essen auftragen, Lampen richten und auf die Gangthüre passen — dieses ist jetzt mein Lebenslauf! Hinaus komm ich nur, wenn ich nur einen Brief forttragen oder das elende Hundsviech spazieren führen muß. Für mich hab ich gar keine Zeit mehr übrig, denn wenn ich mit der Hausarbeit grad nichts zu thun hab, muß ich beim Onkel sitzen und ihm vorlesen. Heut hat die Köchin ihren Ausgehtag da darf ich gar nicht aus dem Haus, aber nächsten Sonntag ist mein Ausgehtag und wenn mich die Frau Geheimrätin dann nicht fortlaßt, dann kündige ich zum 1. Januar. Lieber geh ich bei ganz fremden Leuten in Dienst als Stubenmädel, als daß ich mich von der schikanieren laß. Der gute Onkel kann mir auch nicht helfen, der traut sich ja nicht, wenn er auch möcht, und aufregen soll man ihn auch nicht. Wenn ich bei ihm sitz und ihm die Zeitung oder einen Roman vorlese, kommt die Tante alle fünf Minuten hereingelaufen und spitzt, ob wir uns auch nichts andres erzählen, weil sie immer Angst hat, daß ich von Dir und von dem Testament anfange. Aber daß Du bei der Frau von Goldacker bist, das hab ich ihm gestern endlich doch gesagt, wie er mich wieder nach Dir frug. Der hat geschaut, kann ich Dir sagen und hat was sagen wollen, hat's aber nicht recht herausgebracht, weil's mit seiner Sprach noch sehr schlecht steht. Ich hab ihm nur gesagt, daß Du Dich mit der Tante gezankt hättest, worauf er seinen gelähmten Arm aufgehoben und immer so mit der Hand geschüttelt und was dazu vor sich hingenurmelt hat, daß mir ganz angst geworden ist. Ich weiß nicht einmal, ob er schon alle seine Gedanken richtig beisammen hat, etlichemal ist es mir schon so vorgekommen, als ob er von dem Testament was sagen wollt, aber dann hat er immer irgend ein Geräusch bei der Thür zu hören vermeint und gleich aufgehört zum reden. Ja, mein liebes Lieserl, mit unsrer Erbschaft da ist's fein gefehlt! Allein ausgehen, das wird er wohl nimmer mehr können. So ist er nie ohne Aufsicht. Den Notar zu sich ins Haus zu bitten, das traut er sich ja nimmer und dann soll's ja auch im nächsten Monat schon nach Italien gehen und da kann seine Frau ganz mit ihm anstellen, was sie will. Ich mein jetzt ganz gewiß, daß sie mich nicht mitnehmen will und glaub, sie plagt mich grad deswegen so arg, damit ich froh sein soll, wenn ich aus dem Haus komm. Ach, liebste Schwester! ist es nicht schrecklich, daß es mir so ergehen muß? Womit habe ich das verdient? Du hast es ja gut! Du hast Dein Talent, womit Du zur Not Dir selber durchhelfen kannst und außerdem gar noch einen Bräutigam, oder doch so gut wie Bräutigam! Was macht denn das Krajesovicherl? Hast Du's wieder gesehen? Noch eins muß ich Dir schreiben: Die Tante macht jetzt immer Anspielungen, daß ich doch wohl meine Dankbarkeit bezeigen und zu Weihnachten was schönes arbeiten würde. Ich bitte Dich, wo soll ich dazu noch die Zeit hernehmen? Ich habe ja auch kein Geld, um Zuthaten zu kaufen! Weißt Du, ich möcht an unsern Großonkel, den Oberstlieutenant von Mödlinger schreiben, ob der mich nicht am End doch brauchen könnt. Der alte Herr ist gar so einsam und verlassen und am End hat er doch noch so viel, daß ich auch mit satt werde. Es wäre doch alles besser, als wie sich irgendwo hinstecken zu lassen, wo es der Tante Ida beliebt.

„So, jetzt weiß ich Dir nichts mehr zu sagen. Behüt Dich Gott, liebe Lizzi, grüße die Frau Majorin und schreib auch einmal

Deiner armen Schwester

Kati."

— — — — — — — — — — — —

Lizzi weinte heiße Thränen des Zornes und des Mitgefühls über diesen langen Brief und dann lief sie damit zur Frau von Goldacker und las ihn ihr vor.

Reichstag keine Mehrheit für die Konvention vorhanden sein. Ich kann mir nicht denken, daß die Freunde der Kontingentierung zusammen mit den absoluten Gegnern der Konvention eine Mehrheit bilden werden, die schließlich die ganze Konvention verwirft, falls die Kontingentierung nicht zustande kommt. — Ich scheue mich nicht, der Regierung gegenüber in die schärfste Opposition zu treten, wenn es mir nötig scheint, wenn aber die Regierung einen solchen Fortschritt anbahnt, dann halte ich es für meine Pflicht, ihr rückhaltlos zuzustimmen, um das große Werk der Konvention durch die Bestimmungen über die Kontingentierung nicht zu verunzieren, zu verschimpfieren und zu verderben. (Beifall links.)

Abg. **Dörken** (Rp.): Ich bin ein prinzipieller Gegner der Kontingentierung. Wenn ich trotzdem dafür stimme, so bestimmt mich die Thatsache, daß der Kontingentierung die Erträgnisse des Jahres 1901, eines besonders reichen Rübenjahres, zu Grunde gelegt sind.

Abg. **Schippel** (Soz.): Ich vertrete hier eigentlich keinen sozialdemokratischen Antrag, sondern die Regierungsvorlage. (Heiterkeit und Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In den Kommissionsverhandlungen hat sich gezeigt, daß über die Frage der Kontingentierung absolut keine einheitliche Anschauung auch innerhalb der Mehrheit vorhanden war. Als wir in der Kommissionssitzung etwa 5—7 Minuten nach der Mittagspause das Sitzungszimmer wieder betraten, erfuhren wir, daß dieser wichtige Abschnitt sang- und klanglos von einer zufälligen Mehrheit angenommen wurde. (Hört, hört! links.) Das Reich hat seiner Zeit die Kontingentierung eingeführt, um sich nicht durch die Verpflichtung der Prämienzahlung für eine unbeschränkt große Produktion selbst zu schädigen. Jetzt, wo die Prämien aufgehoben werden sollen, hat auch die Kontingentierung keinen Sinn mehr. Gerade die Kontingentierung hat den Rübenbau des Ostens gegenüber den alten Zuckerdistrikten schwer geschädigt. Für jene alten Zuckerprovinzen galt alles als Ueberproduktion, was der Osten produzierte, und nur ihre eigene Produktion erkannten sie als berechtigt an. Redner führt im weiteren den zahlenmäßigen Nachweis, wie der Osten durch die bisherige Kontingentierung benachteiligt worden sei. Gerade die Vertreter der agrarischen Interessen sollten doch bestrebt sein, die agrarischen Interessengegensätze möglichst auszugleichen. Gerade Sie (nach rechts) sollten den Antrag der Kommission strikte ablehnen. Die namentliche Abstimmung über diesen Antrag wird ja dafür sorgen, daß jeder Abgeordnete die volle Verantwortung für sein Votum zu tragen hat. Die jetzige Art der Kontirgentierung unterscheidet sich von der früheren dadurch, daß es jetzt überhaupt keine Erweiterung und Neugründung von Fabriken mehr geben soll. Das bedeutet einen viel schlimmeren Auswuchs der Zuckersteuergesetzgebung, als wir ihn jemals gehabt haben. Was nach 5 Jahren geschehen soll, weiß niemand! Giebt es ein neues, ein größeres Kontingent? Werden neue Fabriken gestattet werden? Ueber all' diese Fragen ist im Gesetz auch nicht ein Wort enthalten. Durch die Kontingentierung wird nur das Zuckerkartell absolut festgelegt und Neugründungen unmöglich gemacht. Deshalb sollte auch die Mehrzahl der Produzenten gegen die Kontingentierung stimmen. Wir haben das größte Interesse daran, zu verhindern, daß die Zwecke der Konvention nicht durch allerlei Auslegungskünste illusorisch gemacht werden. Die Neukontingentierung würde nur eine versteckte Inlandsprämie darstellen, und ich kann Sie nur davor warnen, jetzt, nach Abschluß der Konvention den anderen Staaten mit der Kontingentierung wieder ein schlechtes Beispiel zu geben. Wenn Ihnen daran gelegen ist, daß die Konvention ihrem Wortlaut nach durchgeführt wird, so lehnen Sie die Kontingentierung rundweg ab. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. **Becker** (Centr.) erklärt im Namen seiner politischen Freunde seine Zustimmung zur Kontingentierung. Die ganze Sache ist gar nicht so wichtig, denn die Verhältnisse werden ganz von selbst dazu führen, daß der Rübenbau zurückgeht. (Rufe links: Na also!)

Reichsschatzsekretär Frhr. **v. Thielmann**: Von allen Rednern ist betont worden, wie sich hier die verschiedensten Interessen gegenüberstehen; für die Regierung kommt aber in erster Linie das Wohl der Gesamtheit in Betracht. Da werden sie mir beipflichten, wenn ich sage: Geklärt ist diese Frage noch lange nicht. Man kann hier die Interessen der Zuckerindustrie nicht einfach zählen, man muß sie wägen! Man muß sich die Frage vorlegen, ob das Kontingent überhaupt geeignet ist, durch seine Größe die Produktion einzuschränken. Diese Frage möchte ich verneinen. Aus diesem Grunde haben sich die verbündeten Regierungen vorbehalten, der ganzen Frage der Kontingentierung erst später näher zu treten.

Abg. Dr. **Barth** (Freis. Vg.): Graf Posadowsky hat mit vollem Recht darauf hingewiesen, daß diese neue Kontingentierung ganz etwas anderes sei, als die frühere, die durch die Prämienwirtschaft bedingt war. Jetzt aber sind die Prämien aufgehoben. Wir könnten einfach in das Gesetz schreiben: Die Errichtung von neuen Fabriken ist bis auf weiteres verboten. (Sehr richtig! links.) Die kleinen Fabriken, die aufkommen wollen, werden in der Entwicklung gehindert; das ist der Schutz der Satten gegen die Hungrigen! Der Reichstag hat die allgemeinen Interessen zu vertreten, nicht die kleinlichen, erbärmlichen Sonderinteressen. (Lebhafter Beifall links, Unruhe und Zischen rechts.)

Abg. Dr. **Paasche** (natl.): Die große Mehrheit meiner Freunde wird gegen die Kontingentierung stimmen. Das Centrum möchte ich bitten, diese Frage nicht zum casus belli zu machen.

Abg. **v. Komierowski** (Pole) spricht gegen die Kontingentierung.

Abg. **Szmula** (Centr.) spricht für die Kommissionsbeschlüsse.

Abg. Graf **Schwerin-Löwitz** (kons.) spricht sich im Namen eines Teiles der Konservativen gegen die Kontingentierung aus, die viele Fabriken des Ostens schädigt.

Abg. Frhr. **v. Richthofen** (kons.) spricht für die Kontingentierung.

Abg. Graf **Bernstorff**-Uelzen (Welfe) schließt sich dem Grafen Schwerin-Löwitz an.

Abg. Frhr. **v. Langen** (kons.) befürwortet seinen Antrag.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Frhr. v. Langen wird abgelehnt. Die Bestimmungen über die Wiedereinführung der Kontingentierung werden in namentlicher Abstimmung mit 194 gegen 114 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt. Gegen die Kontingentierung stimmen die Sozialdemokraten, die freisinnigen Gruppen, die Polen, Elsässer und Welfen, die Mehrheit der Nationalliberalen und Konservativen, ein großer Teil der Reichspartei und eine Minderheit des Centrums. Dafür stimmt die Mehrheit die Centrums, ein Teil der Konservativen, der Reichspartei, der Nationalliberalen und die Antisemiten.

Mit derselben Mehrheit wird die Regierungsvorlage (Aufhebung der Kontingentierung) angenommen. Der Antrag Richter ist damit erledigt.

Artikel 2 handelt von der Zuckersteuer. Nach dem bestehenden Gesetze beträgt die Zuckersteuer 20 Mark von 100 Kilogramm Nettogewicht.

Die Regierungsvorlage wollte die Zuckersteuer auf 16 Mark festsetzen.

Die Kommission beantragt, die Zuckersteuer vom 1. September 1903 ab auf 12 Mark, vom 1. September 1905 auf 10 Mark festzusetzen.

Die Abgg. Ledebour, Schippel und Bernstein (Soz.) beantragen die vollständige Aufhebung der Zuckersteuer.

Abg. Müller-Fulda (Centr.) stellt den Antrag, die Zuckersteuer vom 1. September 1903 ab auf 14 Mark, vom 1. September 1906 ab auf 12 Mark festzusetzen.

Abg. Dr. Hermes (Freis. Vp.) beantragt, eine Zuckersteuer von 14 Mark zu erheben.

Abg. Gamp (Rp.) beantragt, in das Gesetz folgende Bestimmung einzufügen: „Erreichen die Reichseinnahmen aus der Zuckersteuer einen Betrag, welcher die Summe von 2,10 Mark auf den Kopf der Bevölkerung überschreitet, so ist der Ueberschuß anzusammeln und es ist, sobald der angesammelte Betrag 10 Millionen Mark übersteigt, im Wege der Reichsgesetzgebung zum Zwecke der Herabsetzung der Verbrauchsabgabe darüber zu verfügen.

Abg. Dr. **Hermes** (Freis. Vp.): Durch Herabsetzung der Zuckersteuer erleiden die Reichseinnahmen zweifellos einen Ausfall. Als Ersatz würden in erster Linie Tabak oder Bier in Betracht kommen.

Preuß. Finanzminister Freiherr **v. Rheinbaben**: Ich bitte den Antrag Hermes anzunehmen. Die Herabsetzung der Steuer auf 12 Mk. bedeutet für die Regierung einen Ausfall von 28 Millionen Mark. Die Herren Bernstein und Dr. Hahn haben ja sogar beantragt, die Steuer ganz aufzuheben. Den Ausfall für die Reichskasse könnte man nur durch Erhöhung der Matrikularbeiträge decken. Das würde für Preußen eine Mehrbelastung von 50 Millionen bedeuten. Noch viel mehr würden verhältnismäßig die kleineren Staaten zu leiden haben. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Bayerischer Bundesbevollmächtigter Graf **Lerchenfeld** erklärt den Kommissionsantrag für die bayerische Regierung als unannehmbar.

Abg. Graf **Bernstorff**-Uelzen (Welfe) tritt für den Zusatzantrag Gamp ein.

Abg. **Müller-Fulda** (Centr.) begründet seinen Antrag, die Steuer auf 14 bezw. 12 Mark herabzusetzen und empfiehlt Frachtherabsetzung für Zucker.

Direktor im preuß. Eisenbahnministerium **Möllhausen** erklärt, daß die preußische Eisenbahnverwaltung in eine Prüfung der Frachtermäßigung eintreten werde.

Abg. **Gamp** (Rp.): Bei einem Ausfall in den Reichseinnahmen könnte man doch ganz gut ausländische Produkte Kaffee, Kakao und Thee höher belasten. Das würde auch den Arbeitern zu gute kommen. Vielleicht könnten wir uns alle auf Grundlage meines Antrages verständigen.

Sächsischer Bundesbevollmächtigter Graf **Hohenthal**: Die sächsische Regierung erachtet die Ermäßigung der Zuckersteuer für sehr bedenklich.

Finanzminister Freiherr **v. Rheinbaben** bittet nochmals, den Steuersatz von 14 Mark anzunehmen. Der Antrag Gamp scheint mir nicht nötig.

Abg. **Müller**-Fulda zieht seinen Antrag zurück.

Abg. **Ledebour** (Soz.): Bei der durchgreifenden Reform des Zuckersteuergesetzes, die jetzt vorgenommen wird, ist es möglich, alle Schritte zu thun, um den Zuckerkonsum zu heben. Dies kann aber nur geschehen durch völlige Aufhebung der Zuckersteuer. In Deutschland kostet das Pfund Zucker etwa 32 Pf., in England kostete es bis zur Einführung der neuen Steuer 14 Pf. Der Normalpreis in Deutschland würde nach Aufhebung der Zuckersteuer und falls alle künstlichen Verteuerungen beseitigt werden, erst 16 Pf. sein. Dann werden auch Leute, die mit dem Zucker jetzt sehr sparsam umgehen müssen, bald erheblich größere Mengen davon konsumieren. Eine solche Verbilligung würde in Deutschland überhaupt erst eine Konserbenindustrie in großem Stile ermöglichen.

Die Regierung fragt uns nun, wie der Ausfall an Einnahmen gedeckt werden soll. Unseren Vorschlag einer Reichs-Einkommensteuer erklärt man für unannehmbar, weil diese Steuer einen Eingriff in die Rechte der Einzelstaaten darstelle. Bei dem jetzigen Zustand haben aber die Einzelstaaten viel mehr zu leiden, als wenn eine Reichs-Einkommensteuer bestünde. Herr Gamp rechnete aus, daß heute schon von einzelnen Vermögen 28 Prozent Steuern erhoben werden. Der Prozentsatz, den eine Arbeiterfamilie von ihrem Vermögen für indirekte Steuern heute ausgeben muß, ist weit größer. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Autonomie der Einzelstaaten liegt doch nicht in der Methode der Steuerverwaltung, darin, ob nach einem besonderen preußischen oder bayerischen System die Steuer erhoben wird. Wollte man darauf den Hauptwert legen, so wäre das dasselbe, als wenn man die militärische Autonomie Bayerns im Raupenhelm erblicken würde. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die gegenwärtige Autonomie der Einzelstaaten in Steuerfragen ist auch nur so ein Steuerraupensystem. Warum schränkt man nicht die Ausgaben für unproduktive Zwecke ein? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In den Ausgaben für die Flotte ist sogar noch eine bedeutende Steigerung zu erwarten. Ich erinnere Sie an den Tirpitz-Erlaß und an die wundersamen Bildwerke in der Wandelhalle, die von weitem so aussehen, als wenn eine Kompanie von Raupen im Parademarsch über das Papier marschierte. (Große Heiterkeit.) Es waren schematische Darstellungen der Kriegsmarine der verschiedenen Nationen. Wenn ein so viel beschäftigter Mann wie Kaiser Wilhelm 2., sich damit befaßt, diese merkwürdige schematische Darstellung von Panzerschiffen auf das Papier zu werfen . . . (Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, die Zeichnungen des deutschen Kaisers nicht in den Bereich Ihrer Erwägungen zu ziehen.

Abg. Ledebour (fortfahrend): Es ist mir ja allerdings bekannt, daß diese Zeichnungen noch nicht als Illustrationen im „Reichsanzeiger" erschienen sind, (Große Heiterkeit) wir werden also bis dahin mit unserer Kritik zu warten haben. Der Zweck der Zeichnungen . . . (Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballestrem: Trotz meiner Ermahnung fahren Sie fort, sich mit den Zeichnungen zu beschäftigen. Ich erkläre, daß dieselben nicht zur Sache gehören und rufe Sie zur Sache. (Bravo! rechts.)

Abg. Ledebour (fortfahrend): Trotz unserer ungünstigen Finanzlage werden wir, nach meiner Ansicht, eine Flottenvorlage bekommen. Heute, wo eine allgemeine Finanznot besteht, mutet man dem preußischen Volke zu, 200 Millionen Mark für die Hasenpolitik gegenüber der preußischen Minderheit auszugeben! Wir können wir da den Klageliedern der Regierung irgend einen Wert beimessen! Auch ich stimme mit dem Grafen Posadowsky darin überein, daß es eine hohe Aufgabe des Parlamentes ist, den Daumen auf den Beutel zu halten. Wenn Sie unseren Antrag annehmen, dann hat die Regierung die Pflicht, ohne Zuckersteuer ein Budget fertig zu stellen. Kann sie das nicht, dann soll sie sich an uns wenden; wir werden ihr ein Budget ausarbeiten, wie sie es seit Erschaffung der Welt — um ein geflügeltes Wort des Grafen Posadowsky anzuwenden — noch nicht gehabt hat. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. Große Unruhe rechts.)

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Der Antrag der Sozialdemokraten, der Antrag Gamp und der Kommissionsantrag werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Polen, der Antisemiten, des Bundes der Landwirte und des Abg. Oertel abgelehnt; der Antrag Hermes angenommen. § 3, der die Steuerkredite regelt, wird debattelos angenommen. Art. 2a fordert Ursprungszeugnisse und setzt die Höhe des Eingangszolles aus Konventionsländern auf den höchsten Betrag fest, der nach der Konvention zulässig ist. (Also 4,80 Mark und 14 Mark.)

Abg. Dr. Barth (Frs. Vgg.) beantragt, den Ueberzoll auf 2,80 Mark herabzusetzen.

Abg. **Bernstein** (Soz.) befürwortet den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung des Eingangszolles, an dem Deutschland als exportierendes Land kein Interesse hat. Der Rohrzucker verdient nur zu gewissen Zwecken den Vorzug vor dem Rübenzucker und für diese Zwecke soll man den Import nicht unnütz erschweren. Auch die Behauptung, England wolle zum Schutzzollsystem übergehen, ist unbegründet. Nehmen Sie unseren Antrag an und schaffen Sie so jeden Schutzzoll ab. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. **Becker** (Centr.) tritt für die Beibehaltung der Surtaxe ein. Die Sozialdemokraten machen durch diesen Antrag 100 000 Arbeiter brotlos.

Abg. **v. Standy** (kons.) schließt sich dem Vorredner an.

Unter Ablehnung aller Abänderungsanträge wird die Kommissionsfassung angenommen, ebenso debattelos die Artikel 2b und 3.

Artikel 4 läßt das Gesetz gleichzeitig mit der Brüsseler Konvention, am 1. September 1903, in Kraft treten.

Die Abgg. Graf Roon (kons.) und Müller-Fulda (Centr.) beantragen, das Inkraftsetzen des Zuckersteuergesetzes von dem gleichzeitigen Inkrafttreten des Saccharingesetzes abhängig zu machen.

Reichsschatzsekretär Frhr. **v. Thielmann**: Mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses will ich erklären, daß, soweit ich die Stimmung innerhalb der verbündeten Regierungen kenne, diese gegen die von der Zuckersteuerkommission beschlossene neue Fassung des Saccharingesetzes nichts einzuwenden haben würden. Bei der Geschäftslage des Hauses dürfte es sich für die Antragsteller empfehlen, nach dieser Erklärung den Antrag zurückzuziehen.

Abg. Graf **Roon** (kons.) zieht hierauf seinen Antrag zurück.

Artikel 4 wird unverändert in der Kommissionsfassung angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes.

Weiterhin schlägt die Kommission die Annahme zweier Resolutionen vor. Die erste fordert die Regierung auf, eine Besteuerung des Stärkezuckers in Erwägung zu ziehen, die zweite verlangt thunlichste Ermäßigung der Eisenbahntarife für Zuckerrüben, Schnitzel und Melasse sowie für Roh- und Krystallzucker.

Abg. **Richter** (Freis. Vp.) bittet dringend um Ablehnung der ersten Resolution.

Gegen die Stimmen des Centrums und der Reichspartei wird die erste Resolution abgelehnt, die zweite wird einstimmig angenommen.

Eine Resolution des Abg. Schmidt-Wanzleben (natl.), die Steuerermäßigung resp. Befreiung des zur Fabrikation von Marmelade verwandten Zuckers verlangt, wird abgelehnt.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Präs. Graf **Ballestrem**: Ich beraume die nächste Sitzung an auf Mittwoch, vormittags 9 Uhr (Große Unruhe und Oho-Rufe) mit der Tagesordnung: Zweite Lesung des Saccharingesetzes. — Gegen den Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch. (Große Heiterkeit.)

Die Sitzung ist geschlossen. Schluß 6 Uhr. —

Die gute Dame war ehrlich entrüstet und nicht verlegen um etwelche schmeichelhafte Beinamen für die Frau Geheimrätin. Sie versprach, in den nächsten Tagen schon zu ihr gehen und ihr gebührend ihre Meinung sagen zu wollen. Wenn sie es durchsetzen könnte, bis zum Professor selbst vorzudringen, der ja bereits wieder aufzustehen und einen Teil des Tages auf dem Sofa zuzubringen imstande war, so wollte sie sich nicht scheuen, die Geschichte mit dem Testament und das Benehmen seiner Gattin zur Sprache zu bringen. Aber dazu war freilich bei der Wachsamkeit und Energie seiner Gattin wenig Aussicht vorhanden.

Mit wie kühnem Mute, mit wie edlen Absichten auch die gute Majorin sich am andern Tage auf den Weg gemacht hatte, so kleinlaut kehrte sie zurück. An der Eisenstirn der Geheimrätin prallten alle Versuche vernünftiger Ueberredung ebenso ab, wie die ausgesuchtesten Grobheiten. Sie war weder zu rühren, noch zu überzeugen. Sie spielte die unschuldig Gekränkte, die trauernde Gattin, die man im eigenen Hause, ohne Rücksicht auf ihren frischen Schmerz brutal überfiel. Käthchen hätte es sehr gut bei ihr, und sie begriffe wirklich nicht, was ein Mädchen in ihrer Lage, das es doch zu Hause wahrlich nicht besser gehabt habe, denn noch alles verlange. Ihrer Meinung nach sei es doch eine That höchst seltener christlicher Gesinnung, daß sie dieses Mädchen überhaupt noch im Hause dulde und sogar noch mit Freundlichkeit behandle, nachdem sie es als höchst abgefeimte Erbschleicherin entdeckte. Daß dieses sanfte Käthchen nach allem, was sie, die Geheimrätin, an ihr Gutes gethan und trotz allem, was sie ihr zu verzeihen hätte, sich hinsetzte und Räubergeschichten von schlechter Behandlung erzählte, um ihr, der leichtgläubigen Majorin, Mitgefühl zu erregen, das beweise doch nur aufs neue, daß sie sich in ihrem Charakter nicht getäuscht habe. Man sehe jetzt erst ein, wie recht die Familie Riemschneider gethan habe, sich von dieser Frau Mödlinger zurückzuziehen. An ihren Kindern hätte man den lebendigen Beweis, was bei solchen Leidenschaftsehen herauskäme. Die Mädchen seien eben vergnügungssüchtig, eitel, verlogen und arbeitsscheu, wie fast alle diese sogenannten „Künstler". Nun sollten sie sehen, wie weit sie mit dieser väterlichen Erbschaft kämen im Leben. Eine christlich denkende Frau dürfte jedenfalls solche verderblichen, phantastischen Neigungen nicht unterstützen. Mit dieser letzten Bemerkung hatte sie offenbar der Majorin einen Hieb versetzen wollen dafür, daß sie Lizzi dramatischen Unterricht nehmen ließ. Und das hatte die Majorin, die sich in allererster Linie für ein christlich denkende Frau hielt, dermaßen gekränkt, daß sie unvorsichtigerweise mit Lizzis angeblicher Verlobung aufgetrumpft hatte. Ein Arzt und Sohn eines Vicegespans würde doch wohl selbst in den Augen der höchst korrekten Frau Geheimrätin als eine würdige Partie gelten, und sie zweifelte sehr, ob es ihr so leicht gelingen werde, Käthchen anständig unter die Haube zu bringen, wenn sie dabei beharrte, sie Magddienste verrichten, sich ihre Hände zerarbeiten und ihre geistige Ausbildung vernachlässigen zu lassen.

Frau von Goldacker hütete sich übrigens wohl, von diesem letzten Teile ihrer Unterredung Lizzi etwas zu verraten, um so mehr, als die Antwort der Frau Ida weder für Lizzi noch für sie selbst besonders schmeichelhaft gewesen war. Sie hatte ihr nämlich höhnisch ins Gesicht gelacht und zuversichtlich behauptet, diese Liebelei mit dem schönen Serben sei nur eine Seifenblase, die bald genug platzen werde, sie möchte sich nur auf eine wenig erbauliche Ueberraschung gefaßt machen.

Den Professor hatte die Majorin natürlich nicht zu Gesicht bekommen und auch die Kathi selbst nur auf ein paar Minuten in Gegenwart der Tante sprechen können, wobei sie sie zu dem großen Kostümfest eingeladen hatte, welches sie bald nach Weihnachten zu geben beabsichtigte. Dies und die Herausgabe der Lizzi gebührenden zweihundertsiebzig Mark aus dem Erlös der Münchener Versteigerung war alles, was sie durch ihren Besuch erreicht hatte — abgesehen davon, daß sie jedenfalls Kathis Lage nur noch verschlimmert hatte. Bei dieser Gelegenheit hatte übrigens die Geheimrätin auch der Kathi fünfzig Mark von ihrem Vermögen ausgehändigt — zu Auslagen für Weihnachtsgeschenke!

(Fortsetzung folgt.)

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 11. Juni 1902.

— **Achtung, Metallarbeiter, Graveure und Ciseleure!** In der Silberwarenfabrik von Julius Lemor in Breslau, Fischergasse 4, befinden sich die Arbeiter in einem Abwehrstreik. Der Grund dafür ist zu suchen in einer Lohnreduktion der betreffenden Firma. Ein weiterer Grund ist die zweimalige Maßregelung je eines Kollegen, welche wegen Zurücknahme der Lohnreduktion bei den Chefs vorstellig wurden. Beteiligt ist der ganze Betrieb, als da sind: Besteckarbeiter, Corpusarbeiter, Goldarbeiter, Drücker, Schleifer, Graveure und Ciseleure. Da allerwärts „Arbeitswillige" gesucht werden, glauben wir

unsere Ueberzeugung hervorheben zu müssen, daß sich keine Arbeiter bereit finden werden, ihren Arbeitsbrüdern im Kampfe in den Rücken zu fallen. —

— **Die Antisemiten als Scharfmacher.** Die „Sachsenschau", die im Jahre 1898 von unserem verstorbenen Genossen Schoch anläßlich des damaligen Lohnkampfes im Baugewerbe des öftern auf die Finger geklopft wurde, wenn sie im Interesse des Unternehmertums die Ausgesperrten mit Kot beworfen hatte, glaubt die Gelegenheit jetzt benutzen zu können, um unseren Genossen anläßlich der vom Unternehmer-Verbande geplanten Lohnreduzierung, welche beinahe zu einem erbitterten Kampfe geführt hätte, selbst im Tode noch besudeln zu müssen. Folgender Erguß, der auf die Lohnbewegung im Baugewerbe Bezug nimmt, ist in der Nr. 28 vom 8. Juni 1902 enthalten:

Die Wogen der Entrüstung gingen in Arbeitnehmerkreisen sehr hoch und es wäre auch wohl zum Streik gekommen, wenn der verstorbene Schoch noch die Leitung des Bauhandwerkerverbandes in Händen gehabt hätte. Jetzt scheinen aber sehr besonnene Köpfe an der Spitze der Gesellen zu stehen.

Im Anschluß an diesen würdigen Angriff auf einen Toten kann es sich das Blatt nicht versagen, die Unternehmer in ihrem Bestreben, die Löhne zu drücken, noch zu ermuntern, und fordert deshalb die dem Arbeitgeberverbande noch nicht angehörenden Unternehmer auf, demselben beizutreten, um so die Ansprüche der organisierten Gesellenschaft abzuweisen. — Die organisierten Arbeiter haben gewiß nichts dagegen einzuwenden, wenn alle Unternehmer ihrer Organisation beitreten. Wir halten das sogar für absolut notwendig, aber nicht um die Ansprüche der organisierten Gesellen abzuweisen — selbst wenn es sich um Forderungen handeln würde, was ja bei der diesmaligen Lohnbewegung nicht der Fall war — sondern um durch die beiderseitigen Organisationen Lohnsätze herbeizuführen, die ein menschenwürdiges Leben auch dem Bauarbeiter ermöglichen. Dessen kann sich aber die „Sachsenschau" versichert halten, daß die Arbeiter es sich auf keinen Fall bieten lassen, die Kosten der schlechten Geschäftskonjunktur allein zu tragen. Sollte der Arbeitgeberverband nach Ablauf des jetzigen Arbeitsvertrages getreu dem Grundsatze: „Der Appetit kommt beim Essen" eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen herbeiführen wollen, dann werden die „an der Spitze der Bewegung Stehenden" die ersten sein, die ihre Genossen zum Kampf rufen. —

Da die „Sachsenschau" allgemein nur als Witzblatt gilt, hätte es sich nicht verlohnt, auf dessen Kundgebung einzugehen. Weil aber die antisemitische Partei gerade in den Kreisen der Maurer- und Zimmermeister noch zahlreiche Anhänger hat, ist anzunehmen, daß das für „deutsche Treue" und schlechte Löhne kämpfende Organ den Anschauungen gewisser Bauherrenkreise Ausdruck verliehen hat. Nicht sowohl an die Adresse des gleichgültigen Antisemitenblättleins, sondern an dessen kapitalistische oder kleinbürgerliche Hintermänner richten wir daher die obige Mahnung. Diese Warnung zu beherzigen würde im eigenen Interesse der Herren liegen. —

— **Ueber die Rabattsparvereine** verhandelte der Verband selbständiger Kaufleute in der Provinz Sachsen, der Herzogtümer Braunschweig und Anhalt auf seinem am Montag in Dessau abgehaltenen 17. Verbandstage. Der Referant, Herr O. Schneevoigt-Magdeburg, meinte treffend, daß die Einrichtung sich als „verfehlt" erwiesen habe. Als Magdeburger hatte Herr Schneevoigt ja Gelegenheit, sich ein sachgemäßes Urteil zu bilden. — Anderer Meinung war Herr Oberbürgermeister Ebeling-Dessau, welcher meinte, daß man hierbei die örtlichen Verhältnisse in Betracht ziehen müsse. Die Rabattsparvereine seien ein berechtigtes Kampfmittel gegen die Konsumvereine. Die sonstigen Redner nahmen teils diesen, teils jenen Standpunkt ein; ein Beschluß wurde nicht gefaßt. — Der Dessauer Oberbürgermeister wird sich in seinen Kalkulationen ebenso irren, wie seine Kollegen im hiesigen Magistrate, denn jedem Konsumverein kann es natürlich gleichgültig sein, was so ein armer Teufel vom Rabattmarkenklub bieten kann. Bezeichnend ist, daß ein praktischer Kaufmann auf dem Verbandstag gegen, ein nur theoretisch über die Sache unterrichteter Magistratsbeamter für das Rabattwesen eintrat. —

— **Im Steuerbureau** sind jetzt, um den Verkehr zu bewältigen, noch zwei Hilfssteuerstellen errichtet worden. Wem daran liegt, schnell abgefertigt zu werden, thut gut, jetzt den notwendigen Obolus an die Stadt abzuführen, da bekanntlich an den Tagen vor dem Endtermin ein unheilvolles Gedränge im Steuerbureau herrscht. Zu bemerken ist, daß die Steuergroschen auch per Post gesandt werden können. —

— **Eine Veränderung im Rathause.** Das Stadtverordneten-Sekretariat, welches sich bisher nördlich vom Stadtverordneten-Sitzungssaale befand, ist seit Dienstag nach der südlichen Seite mit der Aussicht nach dem Johannisfirchhof verlegt worden. Leider ist durch den Umzug das Auffinden dieses Bureaus für die Nichteingeweihten nicht grade erleichtert worden. Für diese ist die Mitnahme eines Ariadnefadens zu empfehlen, wenn sie sich aus dem Wirrsal von labyrinthischen Gängen herausfinden wollen. —

— **Die Verbreiterung des Neuenwegs** ist durch den nunmehr in Angriff genommenen Abbruch des alten Logengebäudes der Verwirklichung etwas näher gerückt worden. Es ist hierbei zu wünschen, daß die Stadt nicht auf halbem Wege stehen bleibt und die Verbreiterung vom Logengebäude nach der Petersstraße zu in den Bereich der Erörterungen zieht. —

— **Die Sterbekassen-Gesellschaft der Seidenbandmacher** in Magdeburg hält am Freitag, den 13. Juni, abends 7 Uhr, im Restaurant „Germania", Ecke der Gustav Adolf- und Königstraße, eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung ab, zu der das Erscheinen aller Interessenten der wichtigen Tagesordnung wegen gewünscht wird. —

— **Feuer auf dem Krupp-Grusonwerk.** Am Dienstag nachmittag nach 5½ Uhr wurde vom Krupp-Grusonwerk eine Feuermeldung abgegeben, welche das Ausrücken eines Zuges der Hauptwache und der Wache Buckau zur Folge hatte. Ein Behälter mit Teer, welcher in der Gasanstalt auf dem Werk gewonnen wird, war in Brand geraten. Das Feuer wurde aber von der auf dem Werk befindlichen Wache gelöscht, so daß die ausgesandten Löschzüge von Magdeburg und Buckau nicht mehr in Thätigkeit zu treten brauchten. —

— **Die „Neuesten Nachrichten" im „Kladderadatsch".** Die Bedeutung der kürzlich hier begründeten „Neuesten Nachrichten" wächst von Tag zu Tag. Jetzt beschäftigt das Blatt schon die Witzblätter. Im Briefkasten des „Kladderadatsch" lesen wir:

Magdeburg. H.: Den „Neuesten Nachrichten für Magdeburg und die Provinz Sachsen" (Nr. 24) wird zu dem Besuch des Schahs aus Berlin geschrieben: „Das Vergnügen des dermaligen Königs der Könige war entschieden weit weniger kultiviert als sein heute von Rom hier eintreffender, durch Meuchelmord gefallener Vorgänger." Der Berliner Korrespondent des Blattes scheint einen leichten Sonnenstich gehabt zu haben.

Es ist nur gut, daß auf diese Weise die „Neuesten Nachrichten" auch für den Ruhm Magdeburgs weit über die Mauern der Stadt hinaus sorgen. —

— **Die Ausstellung von Aquarien und Terrarien** des Vereins „Vallisneria" in den Gruson-Gewächshäusern erfreut sich fortgesetzt eines guten Besuchs. Die Ausstellung in Verbindung mit einer Besichtigung der Gewächshäuser bietet gerade jetzt so viel des Belehrenden und Interessanten, daß wir einen Besuch nur empfehlen können. Die Ausstellung dauert nur noch bis zum 17. Juni. —

— **Die sechste Schwurgerichtsperiode** beginnt am 23. d. M. unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Linke.

— **Feuer.** Zur Löschung eines Balken- und Dielenbrandes rückte heute das Kommando der Feuerwehr gegen 11 Uhr vormittags nach der Kaiserstraße 48. Durch Herausfallen von Kohlen aus einem Plättofen waren Fußboden und Balken in Brand geraten. Nachdem der Brand durch Aufstemmen des Fußbodens freigelegt war, wurde das Feuer vermittelst der kleinen Handspritze gelöscht. —

Provinz und Umgegend.

kz. **Fermersleben,** 10. Juni. (Zwei Gemeindevertreter-Sitzungen) finden am Freitag statt. In der ersten soll die Wahl des Ortsvorstehers vorgenommen werden, in der zweiten soll darüber beraten werden, ob die Errichtung von Wohngebäuden durch die Herren Jänecke und Reichert an den nicht fertiggestellten Straßen des Faberschen Baugeländes genehmigt werden soll. Auch sollen die Bedingungen festgesetzt werden, welche der Unternehmer bei Ausführung der Pflasterungs- und Kanalisierungsarbeiten auf dem Faberschen Baugelände zu erfüllen hat. —

W. **Westerhüsen,** 10. Juni. (Versammlungsbericht.) Am Sonntag, den 8. d. Mts., tagte im Lokale des Herrn Andr. Maaß in Salbke eine Versammlung der Maurer des Zweigvereins Fermersleben. In derselben wurden die traurigen Lohnverhältnisse (36 Pfg. Stundenlohn) auf dem Bau der Saccharinfabrik zur Sprache gebracht. Der Gauvorsitzende Kollege Koch rügte scharf die Lauheit der dort arbeitenden Kollegen, weil sie noch nicht an die Fabrikleitung herangetreten sind, um bessere Löhne zu fordern. Es soll zu diesem Zweck am Montag, den 16. d. Mts., nach Feierabend eine Besprechung der dort arbeitenden Kollegen stattfinden, um event. Stellung dagegen zu nehmen.

Hierbei stellte es sich nun auch heraus, daß uns in Salbke und Westerhüsen kein größeres Lokal zu Versammlungen zur Verfügung steht. Es ist seitens des Vertrauensmannes des öfteren bei Herrn Röber (Gasthof zum weißen Hirsch) in Westerhüsen angefragt worden, ob der Herr nicht gewillt ist, sein Lokal jeder Partei zu öffentlichen Versammlungen zur Verfügung zu stellen. Trotzdem nun bei dem Herrn Röber Arbeiter verkehren, sieht sich dieser Saalbesitzer doch nicht veranlaßt, den Arbeitern entgegenzukommen. Es wurde daher einstimmig beschlossen, nicht mehr in Lokalen zu verkehren, die uns nicht zu Versammlungen zur Verfügung stehen.

Kollege Koch fordert zum Schluß die Mitglieder auf, energisch für die „Volksstimme" zu agitieren und diese zu lesen, sich auch der politischen Organisation anzuschließen. Nach Schluß meldeten sich dann noch einige Kollegen als neue Mitglieder in den Kreisverein. —

Braunschweig, 10. Juni. (Zum Zimmererstreik.) Als Dienstag morgen ein Zimmermeister aus Peine mit sieben Zimmergesellen eintreffen sollte, waren bereits dreiviertel Stunden zuvor vier Polizisten (einer in Uniform und drei in Civil) auf dem Perron eingetroffen, um den ankommenden arbeitswilligen Zimmerern einen würdigen Empfang zu bereiten. Auch die Bahnhofsverwaltung zeigte sich äußerst zuvorkommend, indem sie den selbst bei größtem Verkehre geschlossenen Ausgang am Bahnsteig 3 mit der Warnungstafel „Verbotener Weg" für diese unter Polizeiobhut stehenden „Arbeiter" öffnete. Die „Arbeitswilligen" erhalten 60 Pfg. Stundenlohn, während die Streikenden nur 55 Pfg. gefordert haben. An einem Neubau war der am Richtebaum befindliche Flaschenzug nicht genügend befestigt, infolgedessen ist er in einer Höhe von 16 Meter mit der fahrenden Last von ca. 8 Centner herabgestürzt. Die Leute, die dort Zimmerarbeit verrichten, sind Poliere, Techniker, Kutscher und Lehrlinge. Sehr geeignete Leute sind diese Arbeitswilligen! —

Calbe, 10. Juni. (Streikbericht.) Die beim Maurermeister Timpe beschäftigten Maurer hatten, wie wir schon berichteten am Montag, den 2. Juni, die Arbeit niedergelegt, weil Timpe das bisher übliche Landgeld nicht mehr zahlen wollte. — Der Arbeitgeberverband teilte darauf der Lohnkommission mit, daß, wenn die Arbeit bei Timpe nicht wieder aufgenommen würde, am Montag, den 9. Juni, sämtliche Maurer entlassen werden würden.

Darauf beschloß dann eine am Sonnabend, den 7. Juni, tagende Versammlung, daß der Aufnahme der Arbeit nichts im Wege stehe, sobald der Unternehmer Timpe eine bündige Erklärung darüber abgäbe, daß er den alten Tarif voll und ganz einhalten werde. Um etwaige Streitpunkte zu beseitigen wurde der Vorschlag gemacht, eine gemeinschaftliche Sitzung mit dem Arbeitgeberverbande abzuhalten. Diese Sitzung fand denn auch am Montag mittag im Hotel zur Sonne statt. Nach längeren Auseinandersetzungen wurde dann auch eine Einigung erzielt, so daß nun die Aufhebung der Sperre erfolgen konnte.

Am Dienstag abend erstattete der Zweigvereins-Vorsitzende Kollege Ritter in einer stark besuchten Versammlung den Bericht über den Lauf der Verhandlungen und empfahl am Schlusse seiner Ausführungen die Zugeständnisse des Arbeitgeber-Verbandes zu acceptieren und die Arbeit bei Timpe wieder aufzunehmen.

Doch diese friedliche Stimmung wurde schnell durch eine Mitteilung in berechtigten Zorn verwandelt. Es meldete sich Kollege Pape zum Wort und erklärte, er sei von den Streikenden beauftragt, bei Timpe anzufragen, ob die Kollegen nach Aufhebung der Sperre wieder alle an ihre alten Arbeitsplätze gehen sollten; im Comptoir sei ihm vom Geschäftsführer gesagt worden, wer seine Invalidenkarte bringe, könne wieder anfangen; auf die verwunderte Bemerkung: „Ja, die Karten sind doch hier," erfolgte die Antwort: „Nein, die sind nach der Polizei geschafft worden." Nun ging ein Sturm der Entrüstung durch den Saal; ein solcher Akt von Unternehmerwillkür sei noch nicht dagewesen! unter solchen Umständen könne von einer Wiederaufnahme der Arbeit keine Rede mehr sein.

Der Gauvorsitzende, der der Versammlung beiwohnte, nahm nun das Wort und ersuchte die Kollegen, die Sachlage ruhig und leidenschaftslos zu behandeln. Das Vorgehen Timpes sei allerdings dazu angethan, das Blut in Wallung zu bringen, aber es käme jetzt darauf an, einmal abzuwarten, ob Timpe aus freiem Antriebe oder auf Veranlassung des Arbeitgeber-Verbandes so gehandelt hat, vor allen Dingen aber, ob die Karten in Wirklichkeit der Polizei übergeben worden sind und ob es sich diese gefallen lassen wird, so von den Unternehmern in ein schiefes Licht gestellt zu werden. Er empfiehlt deshalb den Kollegen folgender Resolution ihre Zustimmung zu geben:

Die Versammlung betrachtet das Resultat der Verhandlungen als ein für beide Teile zufriedenstellendes und waren deshalb die ausständigen Kollegen bereit, auf der Basis der gepflogenen Verhandlungen die Arbeit wieder aufzunehmen. Da aber Meister Timpe entgegen aller Anschauungen von Recht gehandelt hat, indem er die Invalidenkarten der Streikenden der Polizei resp. der Behörde übergeben hat, müssen die Versammelten es ablehnen, die Sperre aufzuheben und es dem Arbeitgeber-Verband überlassen, sich mit der Handlungsweise ihres Kollegen abzufinden. Die Lohnkommission ist nach wie vor berechtigt, sich in etwa gewünschte Verhandlungen einzulassen.

Nachdem noch die Kollegen Ritter und Stolze für Annahme der Resolution plaidiert hatten, wurde dieselbe denn auch einstimmig angenommen. Die Schuld an der Weiterführung des Kampfes trägt also Timpe, ob, um ihn aus der Patsche zu helfen, die Unternehmer „Solidarität" üben werden, bleibt abzuwarten.

Wir halten das Verhalten des Herrn Timpe nicht für geeignet, das Solidaritätsgefühl seiner Klassengenossen wachzurufen, denn die Auslieferung der Invaliditätskarten an die Polizei ist eine so unverständliche Herausforderung der Arbeiter und so unzulässig, daß sie in allen Kreisen der Bevölkerung Aufsehen und Kopfschütteln hervorrufen muß. —

Halle, 10. Juni. (Die Maurer) haben bis jetzt ihre Forderungen von 24 Unternehmern bewilligt erhalten. Viele Unternehmer haben sich noch nicht zu den Forderungen erklärt oder verhalten sich ablehnend. 112 Maurer befinden sich im Streik, 110 sind abgereist. —

Halle a. S., 10. Juni. („Ausländer, Fremde sind es zumeist.") Wie das „Volksblatt" meldet, wurde die Bibliothek der hier weilenden Studenten und Studentinnen russischer Nationalität in der Privatwohnung eines Studierenden beschlagnahmt. —

Staßfurt, 11. Juni. (Patriotischer Redner.) Bei der Fahnenweihe des Turnvereins richtete am Sonntag einer der Redner an die anwesenden Turner, Ehrenjungfrauen und übrigen Festteilnehmer eine Ansprache, in der er u. a. darauf hinwies, „daß beim Anblick der neugeweihten Fahne jedem die Brust schwellen müsse!" Bei diesen Worten allein schon muß vielen Zuhörern die Brust geschwollen sein, denn bald darauf fuhr der Redner gehobenen Tones fort: „Ich sehe Brüste schwellen." — Hoffentlich werden die die Damen infolge der Geschwulst, welche der Anblick der Fahne bei ihnen hervorgerufen hat, nicht lange bettlägerig krank gewesen sein. —

ow. **Staßfurt,** 9. Juni. (Der Plan einer Konsumvereins-Gründung) in Leopoldshall scheint auch von den Arbeitgebern sehr günstig aufgenommen zu werden. Das ist freilich sehr selbstverständlich und entspricht durchaus der Gepflogenheit des kapitalistischen Unternehmertums, das schon vielfach solche Konsumvereine selbst ins Leben gerufen hat, um zu versuchen, unter Hinweis auf den billigen Bezug der Lebensmittel, den Lohn des Arbeiters zu drücken. Das hier umlaufende Gerücht, daß das anhaltische Werk beabsichtige, auch seinerseits einen Konsumverein zu gründen, dürfte wohl nicht begründet sein. —

Stendal, 10. Juni. (Die Brotwucherer gegen den Brotwucher.) Am Sonntag fand hier im Hauptschen großen Saale eine Kreisversammlung des Bundes der Landwirte statt, in welcher der konservative Reichstagsabgeordnete Schrempf-Stuttgart einen Vortrag über „die wirtschaftspolitische Lage" hielt. Der Redner bezweifelt, daß der Zolltarifentwurf zustande kommen würde mit Rücksicht auf die von den verbündeten Regierungen, besonders von der preußischen Regierung eingenommene

„schroffe" Haltung allen Bestrebungen der Reichstagsmehrheit gegenüber, welche eine Erhöhung der niedrigen im landwirtschaftlichen Interesse vorgeschlagenen Zölle bezwecken. In der Diskussion stimmte auch der Vertreter des hiesigen Wahlkreises, Herr Himburg, den Ausführungen des Referenten zu. Zum Schluß nahm die Versammlung folgende Resolution an:

Wenn eine ausreichende Erhöhung und Bindung der Zölle auf Vieh und Getreide nicht erreicht werden kann, dann ist die **Ablehnung des ganzen Tarifs das kleinere Uebel** und erscheint die Rückkehr zum absoluten **Freihandel** vom landwirtschaftlichen Standpunkte aus erträglicher als abermalige langfristige Handelsverträge mit ungenügenden landwirtschaftlichen Zöllen.

Es ist nur schade, daß nicht darauf zu hoffen ist, daß die Konservativen aus Aerger über die Nichtbewilligung der von niemand ernst genommenen unsinnigen Forderungen der Reichstagskommission den Zolltarif zu Falle bringen. Aber der Handel gehört nun mal zum Gewerbe der Agrarier.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Ein Handwerksmeister reiste von Neuhaldensleben nach Berlin, um sich für 80 Mark ein Fahrrad zu kaufen. Da er aber eine „Bierreise" in Berlin unternahm, verpaßte er den Zug und weiß obendrein nicht mehr, wo er sein neues Rad hat stehen lassen. — In Aschersleben hatte am Montag auf der Staßfurterhöhe ein Radfahrer — angeblich ohne sein Verschulden — das Malheur, ein ihm in den Weg hineinlaufendes Kind umzufahren, wodurch letzteres verschiedene leichte Verletzungen erlitt. Hierdurch außer sich gebracht, fiel der Vater des Kindes über den Radfahrer her, zertrat ihm zunächst das Rad und wurde dann auch gegen denselben thätlich. Ein Schutzmann trennte schließlich die Streitenden. — Am Montag abend wurde in der Badeanstalt in Osterwieck ein 40jähriger Mann aus dem Wasser gezogen, welcher sich ertränkt hatte. — Montag abend wurde in Osterwieck ein Schulknabe erwischt, welcher anstatt Zehnpfennigstücke verschiedene Bleistückchen in einen hier aufgestellten Automaten gesteckt und sich auf diese unredliche Weise mehrere Schokoladenstangen verschafft hatte. Der betreffende Knabe wurde sofort einem polizeilichen Verhör unterzogen. — Dienstag vormittag wurde in Halberstadt eine Frau im Hause Göddenstraße 21 dabei ertappt, wie sie infolge des Offenstehens der Thüren in die Mädchenkammer einer dortigen Wohnung drang und dort Geld und Sachen stahl. Die Diebin wurde verhaftet. — Die Schulrepräsentanten der Stadtschulgemeinde Egeln haben am Montag den endgültigen Beschluß gefaßt, am Plan ein neues Schulgebäude in modernem Stile zu bauen. — Unter dem Rindviehbestand des Gutsbesitzers W. Lücke in Dodendorf ist die Maul- und Klauenseuche amtlich festgestellt und die Orts- und Feldmarksperre angeordnet. — In Hecklingen wird in diesem Jahre, wie im vorigen, auf Kosten der Schulklasse an zehn Volksschulknaben Schwimmunterricht erteilt werden. — In einem Domänenhof der Magdeburger Börde war ein alter Arbeiter im Verdacht, Hühner zu vergiften, um seinen Herrn zu schädigen. Es stellte sich aber heraus, daß ein Kutscher den Tieren Gift gegeben hatte, um den alten Arbeiter in Verdacht zu bringen und seinem Sohne dessen Stelle zu verschaffen. — Der Oekonom und Handelsmann August Kuhlmey aus Leitzkau ist in der Nacht vom Sonntag zum Montag auf dem Heimwege auf der Chaussee zwischen Ladeburg und Leitzkau anscheinend angefallen und ermordet worden. Die Untersuchung wurde sofort eingeleitet. Von dem Thäter fehlt zur Zeit jede Spur. — In Aschersleben wollte am Sonntag ein Mann, der mit seinem Sohne der Schnapsflasche sehr stark zugesprochen hatte, „seinen Jungen" einfach in ein Reinigungsloch der Kanalisation stecken, damit er ihn los würde, wurde aber an der Ausführung dieses Vorhabens gehindert. — In Leopoldshall waren durch Kurzschluß an der Leitung der elektrischen Beleuchtungsanlage auf Schacht 3 Teile der Wetterführung in Brand gesetzt und dadurch ein so intensiver Rauch entwickelt worden, daß es den Montag früh einfahrenden Bergleuten nicht möglich war, sich in dem Schachte aufzuhalten. Die ganze Frühschicht mußte dieserhalb feiern. — Dienstag morgen kurz nach 5 Uhr wurde in Staßfurt die Leiche eines Mannes unweit Ludwig 2 aus der Bode gelandet. —

Vermischte Nachrichten.

* **Unschicklich für einen, der etwas kann.** Von dem verstorbenen großen Kliniker Kußmaul werden der „Nat.-Ztg." folgende Züge berichtet: An dem Tage, der Kußmaul die Ernennung zur „Excellenz" brachte, wurde sein vertrauter Mitarbeiter mit dem Titel „Hofrat" ausgezeichnet. Wie es sich gehörte, redete der junge Hofrat den greisen Meister am nächsten Tage mit Excellenz an. Kußmaul bat ihn, bei der alten Anrede zu bleiben, und als die Bitte nicht befolgt wurde, meinte der Alte lächelnd: „Nun, lieber X., wenn Sie mich Excellenz nennen, so werde ich jedesmal zu Ihnen „Herr Hofrat" sagen!" Seitdem blieb es bei dem altgewohnten „Geheimrat". — Einem fremden Besucher, der ohne Kenntnis dieser Vorgänge in der Anrede den „großen" Titel gebrauchte, sagte Kußmaul eines Tages: „Wissen Sie, wenn mich Offiziere oder Beamte besuchen, lasse ich mir die Excellenz gefallen; eine Ablehnung würde wie eine Verletzung des Landesherrn aussehen. Aber sonst ist mir der Titel unbequem. Er schickt sich nicht für einen Arzt." —

* **Das Horoskop des neuen französischen Ministeriums.** Frankreich hat ein neues Kabinett, und alle Welt fragt sich, welches Schicksal dem Ministerium Combes beschieden sein wird. Es ist üblich, den neuen Herren aus ihren Namen das Horoskop zu stellen. Die „Münch. Allg. Ztg." stellt diesmal folgende Prognose auf:

Trouillot
André
Vallé
Rouv**i**er
Doum**e**rgue
Chaumié
Mouge**o**t
Maruejouls
Com**b**es
Delca**s**sé
Pelle**t**an.

Die Prognose lautet also: Ta vie combat. — Dein Leben wird Kampf sein! —

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 10. Juni 1902.

Sittenkontravention. Die unverehelichte Elsbeth Denkwitz hier wurde vom Schöffengerichte wegen Uebertretung der sittenpolizeilichen Vorschriften zu 2 Wochen Haft und Ueberweisung an die Landespolizeibehörde zwecks Unterbringung in ein Arbeitshaus verurteilt. Die Berufungskammer bringt die Maßregel der Ueberweisung in Wegfall.

Schwurgericht Halberstadt.

Sitzung vom 10. Juni 1902.

Meineid. Der Dienstknecht Friedrich Böhmer aus Rohrsheim ist angeklagt, in einer Alimentationsklage vor dem Amtsgericht in Osterwieck am 27. Juni wissentlich einen falschen Eid geleistet zu haben. Die Dienstmagd Dorothee Gratz, mit welcher er zusammen bei dem Gutsbesitzer Kahmann in Rohrsheim in Dienst stand, bezeichnete den Angeklagten als den Vater des von ihr am 14. März geborenen Kindes. Böhmer ist seit 7 Jahren verheiratet und besitzt zwei Kinder. Am Sonntag, den 1., und am Montag, den 2. Juli 1900 fand in Rohrsheim Schützenfest statt. Am Montag war der Angeklagte des Abends zu diesem Fest gegangen, die Gratz ebenfalls. Das Kahmannsche Gehöft hatte einen vorderen und einen hinteren Thoreingang. Der vordere Eingang wurde um 10 Uhr abends von dem Nachtwächter des Hofes geschlossen. Da Böhmer in der betreffenden Nacht die Stallwache hatte, war er im Besitze des Schlüssels zum hinteren Thoreingange. Die Gratz besaß keinen Schlüssel und hätte nach 10 Uhr nicht mehr in das Gehöft und dann auch nicht in das Kahmannsche Wohnhaus, wo sie schlief, kaum gelangen können. Sie wandte sich auf dem Schützenplatze an den Angeklagten mit der Frage, wie spät es sei. Auf die Antwort des Böhmer, daß es schon 1/2 11 Uhr, sagte sie, dann käme sie nicht mehr hinein. Darauf hat ihr der Angeklagte gesagt, sie solle nur so lange warten, bis er nach Hause ginge; dann könne sie mit ihm hineingehen. So geschah es auch; sie gingen zusammen nach dem Kahmannschen Gutshofe. Als beide in dem Gehöfte waren und Böhmer das Thor wieder verschlossen hatte, ist dann geschehen, was der Angeklagte meineidig abgeschworen hat. — Böhmer wird daher zu 3 Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und dauernder Unfähigkeit als Zeuge zu fungieren, verurteilt. —

Litterarisches.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 36. Heft des 20. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Historische Blindheit. — Wie die radikale Frauenrechtelei Chronik schreibt. Von Clara Zetkin. — Die belgischen Wahlen. 1. Die Erfolge der belgischen Sozialisten. Von Fritz Kummer (Brüssel). 2. Die Situation der Arbeiterpartei in Belgien. Von Emilio, Redakteur des „Peuple" in Brüssel. — Zum Friedensschluß in Südafrika. Von G. Ledebour. — Der neueste sozialistische Demokrat. Von Max Zetterbaum. — Litterarische Umschau: Dr. Wilhelm Bode, Studien zur Alkoholfrage. Schlafwandlernächte an wachen Tagen. Von Ernst Kreowski. Robert Franceschini, Woher und Wohin? — Notizen — Die Feindschaft der Arbeiter gegen soziale Reformen.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch die Buchhandlung „Volksstimme" oder deren Kolporteure zum Preise von 3,25 Mark pro Quartal zu beziehen. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung. —

Der **„Süddeutsche Postillon"** geißelt in seiner jüngsten Nummer 12 das deutsche Eisenbahnwesen, das der preußische Aar bald sich wird einverleibt haben, im Schlußbild die russische Knutenwirtschaft als schreckliche Schraube ohne Ende. Vanselow bietet ein Gesellschaftsbild fader Emporkömmlinge. In spannender Skizze schildert Ernst Brausewetter den Sonntagsabend in einer kleinen Arbeiterfamilie, in den ein Künstler als Held und Günstling Amors befreiend eingreift. Das große Unglück auf Martinique verschuldet, wie uns Lud. Scharf im „Postillon" verrät — Cecil Rhodes, den die Hölle wieder ausspie. Noch vieles andere enthält diese Nummer: wir nennen nur den Abderiten, Lieutenant von Schneidewitz, Dr. Schnüffelmeier, den arbeitslosen Philosophen, die alle interessante Beiträge stifteten. In der ausländischen Satire ist le Rire vertreten. Die Nummer ist allerwärts bei den Kolporteuren um 10 Pf. zu haben. —

Vereins-Kalender.

(Anzeigen unter dieser Rubrik kosten pro Zeile 5 Pfg., die vorher zu bezahlen sind.)

Arbeiter-Gesangverein Buckau. Jeden Freitag abend Uebungsstunde bei Engelmann, Schönebeckerstraße 53. — 43

Radfahrerverein „Stern" (Mitglied des Arbeiter-Radfahrerbundes „Solidarität"). Jeden Donnerstag in der „Zerbster Bierhalle" Saalfahren und Zusammenkunft. — 33

Viehmarkt.

Magdeburg, 10. Juni. (Städtischer Schlacht- und Viehhof.) Auftrieb 170 Rinder, 160 Kälber, 89 Schafvieh 2c., 600 Schweine. Bezahlt für 100 Pfd. Lebendgewicht: Ochsen: a) vollfleischige 33—35 Mark, b) junge fleischige und ältere ausgemästete 30—32 Mk., c) mäßig genährte junge und ältere 28—29 Mk., d) gering genährte jeden Alters 25—27 Mk. Bullen: a) vollfleischige, ausgemästete bis zu 5 Jahren 31—33, b) vollfleischige jüngere 29—30, c) mäßig genährte jüngere und ältere 26—28 Mk., d) gering genährte jüngere und ältere 23—25 Mk. Färsen und Kühe: a) vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwertes 30—32 Mk., b) vollfleischige Kühe bis zu 7 Jahren ——— Mk., c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 24—26 Mk., d) mäßig genährte Kühe und Färsen 21—23 Mk., e) gering genährte Kühe und Färsen 18—20 Mk. Kälber: a) feinste Mast- 44—47 Mk., b) mittlere 36—43 Mk., c) geringe Saugkälber 30—35 Mk., d) ältere, gering genährte (Fresser) ——— Mk., Schafe: a) Mastlämmer und jüngere Masthammel 29—30 Mk., b) ältere Masthammel 26—28 Mk., c) mäßig genährte 22—25 Mark. Schweine: a) vollfleischige 59 Mk., b) fleischige 57 bis 58 Mk., c) gering entwickelte 55—56 Mk., d) Sauen und Eber 43 bis 53 Mark bei 40—60 Pfund Tara das Stück, schwere Schweine mit höherer Tara, Sauen und Eber mit 20 Prozent Tara. Verlauf und Tendenz: mittelmäßig. Ueberstand: 25 Rinder, — Kälber, 10 Schafe, 30 Schweine. —

Marktberichte.

Magdeburg, 10. Juni. Weizen: Tendenz flau. Inländischer 163—167, ausländischer 169—172. Roggen: Tendenz matt. Inländischer, je nach Stationslage, 146—150, ausländischer 147—150. Hafer: Tendenz schwach. Inländischer 158—163, je nach Lage der Station, ausländischer —. Gerste: Braugerste nominell, 145—165, Futtergerste fest, 130—137. Erbsen: Victoria-Erbsen 190—210. Kleine gelbe 180—200, grüne 190—210. Mais: Tendenz flau, Mixed 133—135, Rundmais 116—119. —

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null

					Fall	Wuchs
Unstrut und Saale.						
Straußfurt	9. Juni	+ 1.50	10. Juni	+ 1.45	0.00	—
Trotha	„	+ 1.78	„	+ 1.88	—	0.10
Alsleben	„	+ 1.56	„	+ 1.68	—	0.12
Bernburg	„	+ 1.22	„	+ 1.33	—	0.11
Calbe, Oberpegel	„	+ 1.54	„	+ 1.56	—	0.02
do. Unterpg.	„	+ 0.64	„	+ 0.80	—	0.16
Iser, Eger, Moldau.						
Jungbunzlau	8. Juni	+ 0.25	9. Juni	+ 0.28	—	0.03
Laun	„	+ 0.17	„	+ 0.13	—	0.04
Budweis	„	+ 0.20	„	+ 0.26	—	0.06
Prag	„	+ 0.13	„	+ 0.02	—	0.11
Elbe.						
Pardubitz	8. Juni	+ 0.22	9. Juni	+ 0.28	—	0.06
Brandeis	„	+ 0.45	„	— 0.38	0.07	—
Melnik	„	+ 0.05	„	— 0.05	0.10	—
Leitmeritz	„	+ 0.02	„	+ 0.08	0.10	—
Aussig	9. „	—	10. „	— 0.28	—	—
Dresden	„	— 1.07	„	+ 1.17	—	0.10
Torgau	„	+ 1.03	„	+ 1.00	0.03	—
Wittenberg	„	+ 1.82	„	+ 1.46	0.36	—
Roßlau	„	+ 1.21	„	+ 1.14	0.07	—
Barby	„	+ 1.50	„	+ 1.45	0.05	—
Schönebeck	„	+ 1.25	„	+ 1.24	0.03	—
Magdeburg	10. „	+ 1.37	11. „	+ 1.34	0.03	—
Tangermünde	9. „	+ 2.09	10. „	+ 2.08	0.01	—
Wittenberge	„	+ 1.80	„	+ 1.78	0.02	—
Dömitz, Pegel	„	+ 1.28	„	+ 1.26	0.02	—
Lauenburg	„	+ 1.39	„	+ 1.35	0.04	—
Oder.						
Kosel	8. Juni	+ 0.86	9. Juni	+ 0.86	—	—
Brieg, Oberpegel	„	+ 4.44	„	+ 4.40	0.04	—
do. Unterpegel	„	+ 1.52	„	+ 1.54	—	0.02
Breslau Oberpg.	„	+ 4.84	„	+ 4.88	0.06	—
do. Unterpegel	„	— 1.08	„	— 1.14	0.06	—
Frankfurt	6. „	—	7. „	+ 1.14	—	—
Küstrin	„	—	„	+ 0.85	—	—

Gewerkschafts-Kartell. Donnerstag abend 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Alb. Vater, Knochenhauerufer 27/28.

Kinder-Ohrringe größte Auswahl, reell und am billigsten bei 3278
Max Arzt, Goldarbeiter, Alte Markt Nr. 17 (dicht am Kaiser Otto-Denkmal).
Die Ohrlöcher werden sofort schmerzlos eingestochen.

Verlangen Sie frei und umsonst Katalog für Nähmaschinen und Fahrräder welche die besten, dabei im Gebrauch die billigsten sind. 3366
Wiederverkäufer gesucht.
Reinhold Osterroth, Mechaniker, Magdeburg, Lüneburgerstr. 21.

Kur-Badeanstalt Neustadt Fährerstr. 103 (im Konsum)
Sämtliche Heilbäder. 3413
Wannenbäder in Einzelzell. 25 Pf.

Vorzügl. Tinte empfiehlt die Buchhandlung Volksstimme.

Sommer-Joppen.
Gute haltbare waschechte Stoffe in Joppen und Jacketts mit Gurt oder Zug. 3352
Sommer-Lodenjoppen
in bekannt großer Auswahl.
G. Gehse
14 Johannisfahrstraße 14.

Standesamt.

Magdeburg, 10. Juni.

Aufgebote: Postassist. Hermann Oppe hier mit Elisab. Anna Rosenthal in Neuhaldensleben. Zimmermann Hermann Dippe in Staßfurt mit Elise Junge in Nienburg a. S. Gärtner Paul Barnick mit Anna Schulze. Lehrer Oswald Ritter hier mit Frieda Betty Emma Drude in Lemsdorf. Chem. Matthias Lauser in Nörten mit Bertha Kalms in Gr.-Ottersleben. Töpfer Otto Burgmann mit Luise Lemme.

Geburten: Johannes, S. des Kaufmanns Willy Löffler. Walburga, T. des Schneidermeisters Joseph Pingler. Kurt, S. des Arbeit. Paul Winsch. Otto, S. des Arbeiters Otto Kurzbach. Johanna und Hermann, Zwillingskinder des Schloss. Paul Hecker. Hedwig, T. des Schmieds Friedrich Zickelbein. Anna, T. des Droschkenkutschers Aloysius Weber. Erich, S. des Arb. August Brauer. Elsa, T. des Fleischers Ratmund Piltz. Elsbeth, T. des Arbeit. Karl Wasserthal. Luise, T. des Schmieds Heinrich Niemann. Johanna, T. des Kaufmanns Waldemar Marx.

Todesfälle: Friederike geb. Hamann, Witwe des Arbeit. Papendieck, 76 J. 4 M. 25 T. Dorothee geb. Franke, Witwe des Handelsm. Wilhelm Ludwig, 61 J. 8 M. 22 T. Emmy, T. des Arbeiters Gustav Rasche, 5 M. 28 T. Erich, S. des Kutschers Ernst Ebeling, 2 J. 8 M. Alma, T. des Arb. Ernst Prochnow, 1 J. 1 M. 8 T. Hermann, S. des Schloss. Paul Hecker, 11 St. Agnes geb. Nitzert, Ehefrau des Arbeiters August Siegel, 53 J. 4 M. 21 T. Witwe Auguste Typke geb. Fink, 78 J. 4 M. 23 T. Anny, T. des Arbeiters Karl Rehberg, 22 T.

Sudenburg, 10. Juni.

Aufgebote: Kaufmann Wilhelm Theodor Julius Groß mit Karoline Dorothee Agnes Wichmann. Arbeiter Albrecht Makowski hier mit Marianne Kubisz in Magdeburg.

Geburten: Katharina, T. des Kaufmanns Max Grüttke. Gertrud, T. des Handelsmanns Wilh. Fieker. Editha, T. des Schmiedemeisters Wilhelm Schulz.

Todesfall: Witwe Ehrhardt Luise geb. Schulze, 53 J. 4 M. 19 T.

Totgeburt: T. des Arbeiters Wilhelm Lindenberg.

Buckau, 10. Juni.

Aufgebot: Arbeiter Gustav Ad. Görsch in Magdeburg m. Bertha Adelheid Helene Wunder hier.

Geburten: Margarete, T. des Lokomotivführ. Paul Siegel. Hildegard, T. des königl. Schutzmanns Wilh. Gatzemann. Gertrud, T. des Arbeiters Albert Fritz.

Neustadt, 10. Juni.

Geburten: Otto, S. des Gelbgießers Gustav Bolze. Paul, S. des Fleisch. Max Ferchland. Anna, unehel. Margarete Emma, unehel. Kurt, S. des Schneidermeisters Hermann Behrend. Max, S. des Kassier. Max Lang. Ferdinand, S. des Arbeiters Simon Szuba.

Todesfälle: Gertrud, T. des Tapezierers und Dekorateurs Gust. Ferchland, 3 M. 19 T. Eisendreh. Wilhelm Tröster, 27 J. 6 M. 15 T.

Aschersleben.

Geburten: S. des Ober-Postassist. Otto Koch. S. des Formers Hermann Germer. T., unehel. S. des Lithographen Wilhelm Pfennig. T. des Kaufmanns Julius Billeter.

Todesfälle: Ehefrau Emma Kuntze geb. Kersten, 72 J. 6 M. 3 T. Marie, T. des Schuhmachers Adolf Zwingeberg, 6 J. 3 M. 5 T.

Burg, 9. Juni.

Geburten: S. des Installat. Eduard Hillmann. S. des Arbeiters Hermann Ferchland. T. des Arbeit. Emil Albrecht.

Todesfälle: Bürstenmacher Otto Hausmann, 23 J. Wollwolsereibesitzer Ernst Bäse, 50 J. Ehefrau des Schuhmachers Hermann Agte, Ida geb. Strien, 32 J. Ernst, S. des Arbeiters Wilh. Friedrich, 1 M. Franz, S. des Töpf. Franz Rollert, 3 M.

Vom 10. Juni.

Geburten: S. des Schuhmach. Karl Herbst. S. des Feilenhauers Wilhelm Biesenthal. S., unehel. T. des Arbeiters Karl Stage. T. des Fabrikarbeiters Albert Knick. T., unehel.

Todesfall: Witwe des Malermeisters Gustav Nessig, Amalie geb. Delor, 70 J.

Sägemühlen-Arbeiter. Im Bühlerthal ist der Streik beendigt. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist bewilligt, die Lohnerhöhung dagegen nicht. —

Bäcker. In Stockholm, Gefle, Norrköping und Göteborg ist der Streik beendet. Die Wochenlöhne sind um 1 bis 2 Kronen erhöht. Die Arbeitszeit beträgt hier wie früher 11 Stunden täglich. Das Uebereinkommen gilt auf 3 Jahre. In Göteborg allein hat der Streik dem Verband 24 000 Kronen gekostet. —

Kleine Chronik.

Explosion.

Im westlichen Nachbargelände des Thorner Artillerieschießplatzes ereignete sich am Dienstag ein schwerer Unglücksfall. Fünf junge Leute, Eigentümer- und Besitzersöhne aus Dembienic, Kreis Inowrazlaw, fanden einen verschleppten Zünder. Als sie sich an demselben zu schaffen machten, explodierte er. Von den herumfliegenden Stücken wurde einer der Leute sofort getötet und buchstäblich in Stücke gerissen, einer schwer, zwei leicht verletzt. Der Schwerverletzte wurde ins Krankenhaus nach Inowrazlaw geschafft. —

Professor Virchow

hat nunmehr den Vorsitz der von ihm begründeten Anthropologischen Gesellschaft wegen „noch immer nicht genügend gekräftigten Gesundheitszustandes" niedergelegt. Aus dem Vorstande der Berliner medizinischen Gesellschaft ist er bereits vor einigen Wochen ausgetreten. —

Von den Antillen.

In St. Vincent ist ein neuer Ausbruch des Soufriere erfolgt. Die ganze Insel war in eine dichte schwarze Wolke gehüllt. Die erneute Thätigkeit des Mont Pelee auf Martinique hält an; die Aufregung unter der Bevölkerung steigt immer mehr. —

Kleine Tageschronik. Am Dienstag vormittag stürzten in Danzig beim Aufstellen eines zum Abputzen eines Neubaues dienenden Gerüstes in der Karrengasse der Maurerpolier Partett und fünf Arbeiter aus einer Höhe von zwei Stock herab. Ersterer erlitt schwere innere Verletzungen und Verletzungen am Kopfe. Zwei Arbeiter haben erhebliche und drei weniger schwere Verletzungen davongetragen. — Die Kriminalpolizei verhaftete in Unna mehrere berüchtigte Falschmünzer, die den Industriebezirk unsicher machten. — Das Schwurgericht verurteilte den früheren Seeamtssekretär Beug aus Flensburg wegen schwerer Urkundenfälschung zu vier Jahren Gefängnis. Beug hatte innerhalb dreier Jahre den Fiskus durch falsche Liquidationen um reichlich 12 500 Mark geschädigt. — In Züllichau hat aus unbekannten Gründen der zwanzigjährige Gasanstalts-Buchhalter Karl Semtner daselbst seine neunzehnjährige Braut Helene Sabratzki und darauf sich selbst erschossen. — In Toulon unternahm ein zu der Luftschifferabteilung der Marine gehörender Ballon, dessen Bewegungen zwei Torpedoboote folgten, einen freien Aufstieg. Der Ballon stürzte jedoch ins Meer und sein Führer, Marineleutenant Baudin, ertrank. Die Leiche wurde bei Hyères aufgefunden. — In Indien ist infolge der Dürre die Zahl der amtlich als hilfsbedürftig anerkannten Personen um weitere 15 000 gestiegen. — Bei dem Brande der Viktoria-Street zu London haben insgesamt neun Personen den Tod gefunden. — Die norwegische Brigg „Hoffnung" ist mit der Besatzung von sieben Mann an der Nordküste von Norwegen untergegangen. —

Letzte Nachrichten.

(„Herold", Depeschen-Bureau.)

Wien, 11. Juni. Fast die gesamte hiesige Presse spricht ihr tiefstes Bedauern über die in der gestrigen Abgeordnetenhaus-Sitzung vom Führer der tschechischen Sozialisten, Klofak, wegen der Marienburger Rede gemachten Ausfälle gegen den deutschen Kaiser und fordert, daß die Regierung Sorge trage, daß in Zukunft so verwegene und frivole Aeußerungen nicht mehr gethan werden. Die gesamte öffentliche Meinung müsse die Beleidigung eines befreundeten Fürsten als einen dem eigenen Lande zugefügten Schimpf energisch zurückweisen. —

London, 11. Juni. Die heutigen Blätter veröffentlichen ein amtliches Communiqué, wonach die südafrikanische Armee während der Jahre 1902 und 1903 noch 30 Millionen Pfund Sterling kosten werde. Hiervon entfallen $7^1/_2$ Millionen auf den Rücktransport der Truppen und 9 Millionen auf Besoldung. —

New-York, 11. Juni. Burengeneral Pierson erklärte, er werde nach Südafrika zurückkehren, nachdem er sich als Amerikaner habe naturalisieren lassen. Nach seiner Rückkehr werde er sich ausschließlich dem Handel widmen. Der General glaubt, daß England über Transvaal nur die Oberherrschaft ausüben werde. —

Pretoria, 11. Juni. Eine amtliche Proklamation annulliert die Taxe von 5 Prozent, welche von der früheren Regierung auf die Goldminen gelegt war. Dieselbe wird durch eine Steuer von 10 Prozent auf das Netto-Ergebnis der Goldgruben, nach Abzug der Betriebs- und Tilgungskosten ersetzt. —

Frankfurt a. M., 11. Juni. Die „Frankf. Ztg." meldet aus New-York: Das höchste Gericht bestätigte Johann Mosts Verurteilung zu einem Jahr Gefängnis. — Nach einer Meldung aus St. Thomas erhielten die deutschen Kreuzer „Falke" und „Gazelle" eilige Segelordres nach La Guayra (Venezuela). —

Die Presse über Combes' Programmrede.

Paris, 11. Juni. Die Morgenblätter kommentieren die gestrige ministerielle Erklärung. Die republikanische Presse ist mit derselben sehr zufrieden, während die konservativen und progressistischen Blätter gewisse Vorbehalte machen; die antirepublikanischen Organe finden nicht genug Worte der Kritik. „Figaro" sagt, die Rede sei, wie man erwartet habe, ein Kompromiß zwischen den Mitgliedern des Kabinetts. — „Gaulois" meint, der Ministerpräsident erklärte zu Unrecht, das neue Kabinett setze die Politik der Verteidigung der Republik fort; das Programm Combes' sei vielmehr ein solches des republikanischen Angriffs. — „Petit parisien" führt aus, die Rede sei das, was man von einer solchen Rede erwarten könne, und es werde darin angegeben, was man seit Jahren im Lande verlange. — „Rappell" billigt ebenfalls die Erklärung und findet die Rede sehr gemäßigt, trotzdem entspreche sie aber dem Ausdrucke der augenblicklichen Lage. — „Echo de Paris" dagegen meint, daß die Rede nicht einmal einen Achtungserfolg erzielt habe; man sehe in dem Programm, welche Mühe die Minister gehabt hätten, um in etwas übereinzustimmen. — Die sozialistische „Petit Republique" hätte noch eine größere Präzision des Ausdrucks gewünscht und findet, daß das Kabinett sich nicht genügend klar gewesen sei. Der Fehler der meisten Kabinette sei, Angriffe abzuwarten und sich auf eine defensive Rolle zu beschränken. —

Belgrad, 11. Juni. Im hiesigen „Orpheum" brach während der gestrigen Vorstellung ein **Brand** aus, der aber auf die Garderobe beschränkt werden konnte. Der besonnenen Haltung des Publikums ist es zu danken, daß keine Katastrophe eintrat. —

Wien, 11. Juni. In der nächst Wien gelegenen Kreisstadt Korneuftadt wütete in der letzten Nacht **ein verheerender Brand,** dem eine große Anzahl Wohnhäuser zum Opfer fiel. Von Wien sind mehrere Dampfspritzen nach dort abgegangen. Nähere Details fehlen noch. —

New-York, 11. Juni. Ein **Cyklon** von zwei Meilen Länge und zwei Meilen Breite ist in der Umgegend von Lake-Park im Staate Minnesota niedergegangen. Eine Kirche und neun Farmen wurden völlig zerstört, zehn Personen sind umgekommen. —

Deutscher Reichstag.

(Telephonischer Vorbericht.)

Berlin, 11. Juni. Im Reichstage stand heute das Süßstoffgesetz auf der Tagesordnung. § 1 wurde debattelos angenommen. Präsident Ballestrem teilte während des Verlaufs der Debatte die Eingänge, darunter einen, betreffend die Vertagung des Reichstages bis zum 14. Oktober, mit. Ueber den § 2 des Süßstoffgesetzes entspann sich eine lange Diskussion, Fischer (Soz.)-Sachsen erklärte, seine Partei werde gegen das Gesetz stimmen. Er sähe hierin nur ein neues Konkurrenzgesetz zu Gunsten der Zuckerindustrie. Die namentliche Abstimmung über § 2 ergiebt die Annahme desselben mit 193 gegen 115 Stimmen. Die Minderheit wurde gebildet aus den Sozialdemokraten, Freisinnigen, einem Teil des Centrums und den Nationalliberalen. —

Berlin, 11. Juni. (Eig. Drahtb.) Die Verhandlung im Prozeß Thomaschke mußte heute auf Nachmittag vertagt werden, weil der Angeklagte versucht hat, sich die Pulsader zu durchschneiden

Paris, 11. Juni. (Eig. Drahtb.) Die Polizei verhaftete heute den Direktor der Londoner Filiale der Berliner Bank. Es verlautet, die Auslieferungsordre sei auf Verlangen der deutschen Regierung erfolgt. —

Wolf Seelenfreund

66 Breiteweg 66

Eingang an der Fontaine Eingang an der Fontaine

Um das neu erbaute Geschäftshaus möglichst mit nur neuen Waren zu eröffnen 3333

vollständiger

Ausverkauf

zu

erheblich reduzierten Preisen.

Die Preise sind staunenerregend!

Ausnahme-Offerte

von

Geschwister Schenk

Breiteweg 87

gegenüber der Braunehirschstraße

Wir empfehlen

zu Ausnahme-Preisen:

Damen-Waschblusen, 85 Pf.
Damen-Oberhemdblusen, 1.18 Mk.
Damen-Oberhemdblusen, vorjährige **25 % unter Preis.**
Großer Posten weiße und bunte Damen-Nachtjacken, 73 und 87 Pf.
Damen-Wirtschaftsschürzen, derbe, solide Qualität, 135 Ctm. weit, 73 Pf.
1 Posten Kleiderginghams, Meter 35 Pf.
Einige 100 Meter gestreifte, außerordentlich haltbare Kleider- und Blusenstoffe, sonst Meter 65, jetzt 52 Pf.

Ganz besonders beachtenswert!

Weiße gemusterte Bettsatins, prima Ware, Kopfkissenbreite, Mtr. 56 Pf. Deckbettbreite, Meter 87 Pf.

Bunte Tischdecken mit Franse 98 Pf.

1 Posten farbige Tischdeckenstoffe, 20 % unter bisherigem Preis.
Portierenstoffe, Meter von 38 Pf. an.
Wachstuche, prima, Meter 1.10 Mk.
Bedeutender Posten schwarz baumwoll. Frauenstrümpfe, Paar 27 u. 33 Pf.
Besonders preiswertes, außerordentlich solides Damen-Korsett mit ca. 20 Stahleinlagen 1.35 Mk.
Imit. Smyrna-Bettvorlagen, in prächtigen Dessins, Stück 78 Pf.
Beste weiße Linon-Damen-Taschentücher ½ Dutzend 68 Pf.
Großer Posten angesammelter Gummibandreste, Meter 5 und 12 Pf.
Größerer Posten schwarz baumwollener Serges für Herrenschneider, Meter 1.10 und 1.32 Mk.
Große Auswahl in Sonnenschirmen, Handschuhen, Korsetts, Sporthemden, Bettwäsche, Tischwäsche, Handtüchern usw. usw.

3416

Bettfedern

verkaufen wir

wegen vollständiger Räumung

mit diesem Artikel

zu ermäßigten und zu Einkaufspreisen.

Louis Behne

Breiteweg 16, 7 u. 8

Donnerstag 12. Juni | **Freitag** 13. Juni | **Sonnabend** 14. Juni

Ausnahme-Preise für Sonnen-Schirme.

Regen-Schirme

in grosser Auswahl und allen Preislagen.

Regenschirm **„Fuku“** auf Paragon-Gestell mit gutem, haltbarem Bezug und halbseidenen Futteralen. **Stück 3 Mark.**

Genossen, Arbeiter u. Arbeiterinnen!

Berücksichtigt bei Euren Einkäufen die Inserate in heutiger Nummer! . . .

Ausverkauf.

Um damit zu räumen verkaufe folgende Artikel zu und unter Einkaufspreisen: **Barchent- und Normalhemden** für Männer und Frauen, **Leinen- u. Papierwäsche**, sowie **Wollgarne** in allen Farben.

Thale. **H. Schinkel** Hütten-Chaussee 21.

Zum fröhlichen Mann

Kl. Klosterstr. 15 **Central-Herberge** Kl. Klosterstr. 15

Empfehle meine Zimmer zur gefälligen Benutzung.

Gute Betten. ff. Speisen und Getränke.

Jeden Sonntag: Pökelfleisch.

Meine **Vereinszimmer** empfehle ich zur Abhaltung von **Versammlungen, Geburtstags- und Hochzeitsfeiern.** Klavier ist zur Stelle

3054 Hochachtungsvoll **Gustav Böhme.**

Städtische Arbeitsnachweisstelle

Magdeburg

unentgeltlich

Männliche Abteilung: Rathauskolonnaden an der Johannisbergstraße
Weibliche Abteilung: Bei der Hauptwache Nr. 5.

Fernsprechanschluß: Rathaus Nr. 2150—2155.

Kostenlose Vermittelung von männlichen und weiblichen Arbeitskräften, sowie feinerem Personal **nach hier und auswärts.**

Geöffnet:

Männliche Abteilung: 8—12 Uhr vorm. und 3—6 Uhr nachm.
Weibliche „ 10—1 „ „ „ 4—7 „ „

Senden Sie uns Ihre Adresse, und wir senden Ihnen

ohne Kaufverbindlichkeit und portofrei

Ansichts-Sendung der „Modernen kaufmännischen Bibliothek“

damit Sie diese für den Kaufmann unentbehrliche Sammlung aus eigener Anschauung kennen lernen.

Dr. jur. Ludwig Huberti
Verlag der „Modernen kaufmännischen Bibliothek“
Leipzig, Johannisplatz 35.

Für Kaufleute! 1209

Krankenkasse der Tischler-Zwangs-Innung Magdeburg.

Vom heutigen Tage ab befindet sich unser Kassenlokal

Faßlochsberg 5 p. bei A. Gorgas, Rendant.

3411 Der Vorstand.

Magdeburg-Neue Neustadt.

Weisser Hirsch

Abends 8½ Uhr Vorführung der

lebenden Photographien

in höchster Vollendung, durch 1008

Kinetoskop

Entree à Person 20 Pf. Neues großartiges Programm.
Es ladet ein Die Direktion **O. Wiach.**

Deutscher Metallarb.-Verband

Verwaltungsstelle Magdeburg.

Fernsprech-Anschluß Nr. 404. Bureau: Knochenhauerufer str. 27/28, I.

Versammlungen finden statt:

Sonnabend, den 14. Juni, abends 8½ Uhr

Bezirk Alte Neustadt in der „Krone“, Moldenstr.
Bezirk Barleben in der „Goldenen Kugel“.
Bezirk Buckau im „Thaliasaal“, Dorotheenstr. 14.

Alles Nähere in den Versammlungen.

Guten Besuch erwartet **Die Verwaltung.**

Achtung! Achtung!

Central-Verband der Zimmerer

Zahlstelle Groß-Ottersleben.

Einladung.

Unser diesjähriges 3420

Sommer-Vergnügen

findet am **Sonnabend, den 14. Juni, abends 8 Uhr,** im Lokale des Herrn **Friedrich Strumpf** statt.

Die Kameraden werden es sich zur Pflicht machen, zahlreich zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Ganz besonders sind die Magdeburger Kameraden hiermit eingeladen. **Der Vertrauensmann der Zimmerer Magdeburgs u. Umg.**

Halberstadt.

Sozialdemokratischer Wahlverein.

Oeffentliche Versammlung

Donnerstag, den 12. Juni, abends 8½ Uhr
bei **Bollmann, Bakenstraße.**

Tagesordnung:

1. Das Bürgerliche Gesetzbuch unter besonderer Berücksichtigung des Miets- und des Eherechts. Referent: Genosse **Marckwald,** Redakteur der „Volksstimme“.
2. Verschiedenes. 3409

Zutritt frei für jedermann.

Der Arbeiterbewegung besonders nahestehende Frauen und Mädchen werden eingeladen zu erscheinen und sich in den Nebenräumen zu placieren. Zahlreiches Erscheinen überhaupt erwünscht. **Der Vorstand.**

Volksverein Aschersleben.

Sonntag, 15. Juni, ab. 8 Uhr, in Schräbers Lokal

Versammlung.

Wegen wichtiger Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Genossen erforderlich.

3417 **Der Vorstand.**

Freie Religions-Gesellschaft.

3419

Gemeinde-Versammlung

Freitag, den 13. Juni 1902 abends 8¼ Uhr
im Gemeindehause, Marstallstr. 1.

Damen und Herren, welche geneigt sind, der 3421

„Freien Volks-Bühne“

ihre Kräfte zu widmen, werden gebeten, sich im Vereinslokal „Bürgerhaus“, Stephansbrücke 38, zu melden, wo an jedem Donnerstag, abends 8 Uhr, Uebungen stattfinden.

Der Vorstand.

Habe die ärztliche Praxis wieder aufgenommen. 1009

Dr. B. Körner

Magdeburg, Leiterstr. 15
Sprechst.: V. 9—10, N. 2—4.

Neue Fahrräder mit Laterne u. unter Garantie von 95 Mark an. **Gebr. Fahrräder** stets am Platze. Reparaturen werden billig ausgef.

L. Nieber, Gr. Münzstraße 9.

Die Bettfedern-Handlung

Fr. Tyrakowski

Stassfurt, Schäfeneiberg 8a.

ist durch günstigen Abschluß u. keine Ladenmiete in der Lage, neue, weiße, doppelt gerein. Gänsefedern à Pfd. 2.00, 2.60, 3.20, Halbdaunen, 3.90, bestsortierte Halbdaunen 4.50 Mark abzugeben. 1007

Hercules-Hose

aus bestem Material und mit den haltbarst. Zuthaten verarbeitet **nur 4 Mk.**
Nach Maß ohne Preiserhöh.
Lehmann & Arndt
Magdeburg-Neustadt.

Kaufe junge Kanarienhähne à 2.50, Weibchen à 50 Pf. fortwährend.
J. Tischler, Annastr. 25.

Sonnenbäder, Dampfbäder Packungen, Massagen usw.
Grosse Schulstrasse 4, I.

Verlangen Sie frei und umsonst

Hauptcatalog über **Parade-Fahrräder** u. Zubehörteile, welche die besten u. dabei **allerbilligsten** sind.
= Wiederverkäufer gesucht. =
A. Rose, Magdeburg.
Aeltestes Nähmaschinen- und Fahrradgeschäft. — Gegr. 1865.

Küchenzettel der Magdeburger Volksküchen Hauptwache 5 und Neustadt, Schmidtstraße 61.

Donnerstag: Linsen mit Rindfleisch.

Viktoria-Theater.

Gastspiel Maria Reisenhofer.
Donnerstag, den 12. Juni:
Heimat.